GRÜN IST heute das Morgen gestalten.

Unser Wahlprogramm für die Zukunft Bonns.

Am **13.09.**

Grün wählen!

Dieses Kommunalwahlprogramm wurde auf der Kreismitgliederversammlung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bonn am 15. Februar 2020 in Bonn beschlossen.

Herausgeber*in:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Bonn
Dorotheenstraße 79
53111 Bonn
Telefon: 0228 2420753
E-Mail: info@gruene-bonn.de
Internet: www.gruene-bonn.de

V.i.S.d.P.:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. David Thyssen
Dorotheenstraße 79
53111 Bonn

Layout und Satz:
Niklas Schnell

GRÜN IST heute das Morgen gestalten.

Unser Wahlprogramm für die Zukunft Bonns.

INHALT

PRÄAMBEL 10

1 BONN GRÜN GESTALTEN: KLIMA UND UMWELT SCHÜTZEN 14

Bonn fit für die Zukunft machen: Bonn wird Klimaschutzkommune 14

Energieversorgung in Bonn: Klimafreundlich gestalten 16

Klimaanpassung bei allen Planungen mitdenken 17

Die Luftqualität verbessern 18

Bonn grüner planen: Freiräume ökologisch nutzen – Artenvielfalt schützen 18

Bonn ist artenreich: Lebensraum und Biodiversität 19

Grüne Stadt der Vereinten Nationen: Ökologisches Zentrum in Bonn 21

Bonn nachhaltig und fair: Biostadt Bonn weiterentwickeln 21

Bonn wird Zero-Waste-Kommune: Müllberge verschwinden lassen 22

Bonn böllerfrei: Lichtshow statt Feuerwerk 23

Bonn leiser geniessen: Lärm reduzieren 24

2 BONN BEWEGEN: MOBILITÄTSWENDE UMSETZEN 26

Mobilität in Bonn 26

Bonn zu Fuß und mit dem Rad:Nahmobilität stärken 27

Bonn mit Bus und Bahn 30

Bonn mit den Nachbarn vernetzen: Zusammenarbeit in der Region 32

Mobilität in Bonn verzahnen 33

Bonn neuen Raum geben: Strassenraum neu gestalten 33

3 LEBEN IN BONN: QUARTIERE FÜR DIE ZUKUNFT 36

Zukunftsfähiges Wohnen und Zusammenleben in Bonn 36

Bonner Wohnungsbau 37

Städtische Bodenpolitik für Bonn 38

Konzeptvergaben: Erweiterung des Bonner Baulandmodells 39

Bonn weiter denken: Kooperation mit den umliegenden 39

Städten und Gemeinden und dem Rhein-Sieg-Kreis 39

Städtebau und Klimaanpassung 39

Gemeinschaft in Bonn leben: Sozial lebendige Quartiere erhalten 40

Quartiere entwickeln: Bürgerbeteiligung stärken 42

Stadt der kurzen Wege: Wohnortnahe Versorgung 43

Bonn gemeinsam leben: Wohnungsbau mit allen für alle 43

4 BONN FÜR ALLE MENSCHEN: GEMEINSCHAFT GESTALTEN 46

Geschlechtergerechtes Bonn 46

Queeres Leben in Bonn 48

Die altersgerechte Stadt Bonn: Eine Stadt zum alt werden 49

Bonn lebt Inklusion 49

Sicheres Bonn 50

Internationales Bonn: Vielfalt stärken 50

Integration in Bonn: Kommunale Einrichtungen 51

Hilfe für Geflüchtete: Unterstützung von Ehrenamt und Zivilgesellschaft 52

Vielfalt erleben: Austausch und Begegnung 52

Geflüchtete Kinder und Jugendliche unterstützen 53

INHALT

5 BONN SOZIAL: „SOZIAL“ BEDEUTET GESUNDES „MITEINANDER“ 54

Bonn sozial 54

Strassensozialarbeit stärken 55

Bonn in allen Lebenslagen: Gesundheit und Pflege 55

Für die Unterstützung eines würdigen Sterbens 57

Sucht- und Drogenprävention, Jugendschutz und Selbstbestimmung 57

6 LERNEN IN BONN: BILDUNG VON ANFANG AN 60

Kinder in Bonn: Entwicklungschancen stärken 60

Bonn stärkt Kinderrechte: Kinder einbinden 61

Bonner Kinder- und Jugendhilfe: Kinder schützen – Familien unterstützen 62

Starke Schule für Bonn: Zukunft gestalten 62

Demokratische Schulen 63

Schulgebäude werden Lebensräume 64

Attraktive Ganztagsplätze 65

Schüler*innen werden noch mobiler 66

Unsere Schulen werden digitaler 66

Hochschulstandort Bonn: Studierendenstadt leben 67

7 BONN ERLEBEN: SPORT UND KULTUR 70

Sportstadt Bonn 70

Beethoven-Stadt Bonn: Kunst und Kultur über Beethoven hinaus 72

Kulturelle Grundversorgung 74

Freie Szene und Subkultur 74

Musik 75

Kulturelle Bildung und Weiterbildung in allen Stadtteilen 76

Literatur und Sprachkultur 76

Erinnerungsorte und Museen 76

Kultur-Immobilien 77

8 BONN-BERLIN: DIE BUNDESSTADT WEITER DENKEN 80

Bundesstadt Bonn 80

UN-Stadt Bonn 81

9 WIRTSCHAFTEN IN BONN: NACHHALTIGKEIT UND WIRTSCHAFT VEREINEN 84

Vielfältig wirtschaften 85

Gerecht wirtschaften 85

Investor*innen 85

Neu wirtschaften 86

Kreativ wirtschaften 86

Zukunftsfähige Arbeit 87

Tourismus 87

Gemeinsam wirtschaften 88

Digital wirtschaften 89

10 BONN DER ZUKUNFT: NACHHALTIGE UND DIGITALE STADTVERWALTUNG 90

BONNS VERWALTUNG 90

Effizient - Fair - Vielfältig 90

Regional verwalten 91

Städtische Unternehmen vernetzt denken 91

Stadtverwaltung an neue Herausforderungen organisatorisch anpassen 92

Stadt transparent 92

Faire Verwaltung 93

Vielfalt in der Verwaltung 94

Zeit in Bonn 96

Helfendes Bonn 96

Bürgerbeteiligung stärken 96

HAUSHALT UND FINANZEN 98

DIGITALISIERUNG 99

Stabsstelle für Digitalisierung und Innovation 100

Selbstbestimmte Verwaltung 100

Vernetzung von Verwaltung und Gesellschaft 101

Schnell und leicht zu den Bürgerämtern 102

Freies W-LAN und unabhängige Infrastruktur von und für Bürger*innen 103

PRÄAMBEL

Liebe Bonner*innen
Liebe Wähler*innen!

Bonn ist eine wachsende Stadt zwischen Rhein und Sieg, Siebengebirge und Kottenforst, die grün, lebendig und von Zusammenhalt und Gemeinschaft geprägt ist. Jedes Jahr zeigen wir bei gemeinsamen Festen und Märkten in den Stadtteilen und der Innenstadt – und natürlich beim Fastelovend – wie stark der Zusammenhalt unserer wunderschönen Stadt ist und wie sehr wir unsere Nachbar*innen schätzen. Viele Menschen engagieren sich in ihrer Freizeit ehrenamtlich, entwickeln innovative Ideen, gestalten ihr Viertel oder setzen sich für Klima- und Umweltschutz in Bonn und darüber hinaus ein. Wir sind eine bunte, vielfältige und internationale Stadt, der als UN-Standort – nicht zuletzt mit dem Weltklimasekretariat – und als Bundesstadt in Deutschland und auf internationaler Ebene eine ganz besondere Rolle zukommt.

Gleichzeitig stehen wir als Stadtgesellschaft in den nächsten Jahren vor wichtigen Herausforderungen: Bezahlbarer Wohnraum für alle muss dringend neu geschaffen werden. Eine wirkliche Mobilitätswende für Bonn ist nicht nur notwendig, wenn wir als Stadt unseren Beitrag zum Klimaschutz leisten wollen, sondern auch um allen Menschen in Bonn Mobilität und Lebensqualität zu ermöglichen und den öffentlichen Raum attraktiv und lebenswert zu gestalten und weiterzuentwickeln. Auch müssen wir unsere Stadt auf die unausweichlichen Auswirkungen der Klimakrise vorbereiten und endlich konsequent klimafreundlich ausrichten. Um weiterhin in einem grünen Bonn leben zu können, müssen wir Freiflächen erhalten und schaffen und die Artenvielfalt weiter stärken. Die städtische Infrastruktur muss auf die Bedürfnisse einer älter werdenden Bevölkerung angepasst und die Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung für die Stadt Bonn müssen aktiv und mit Mut angegangen werden. Damit alle Kinder von Anfang an gleich gute Startchancen haben, wollen wir unsere Kitas und Schulen zu zeitgemäßen und zukunftsweisenden Lernorten ausbauen und für jedes Kind in Bonn qualitativ hochwertige und wohnortnahe Betreuungsplätze schaffen. Auch

muss unsere Verwaltung effizient und bürgernah organisiert und der Standort Bonn durch eine florierende Wirtschaft und gute Arbeitsplätze zukunftsfähig gestaltet werden.

Dafür brauchen wir gemeinsam den Mut, neue Wege zu beschreiten und als Stadtgesellschaft im Dialog die besten Lösungen zu entwickeln. In den vergangenen sechs Jahren haben wir GRÜNEN uns – teils auch in schwierigen Debatten – dafür eingesetzt, Bonn noch grüner werden zu lassen und eine Stadt zu gestalten, in der sich alle Menschen, die in Bonn leben und arbeiten, wiederfinden. Nicht immer konnte angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat alles erreicht werden, aber wir sind davon überzeugt, dass Bonn mit der Ausrufung des Klimanotstands, mit massiven Investitionen in Kitas und Schulen, dem Erhalt des Messdorfer Feldes, neuen Mobilitätsangeboten als Lead City, mit dem Bonner Baulandmodell, dem Beitritt zur Potsdamer Erklärung zur Aufnahme Geflüchteter und als wachsender UN-Standort den richtigen Weg eingeschlagen hat.

Der digitale Wandel verändert alle Lebensbereiche, ob Arbeit, Wirtschaft, Sozialleben oder Bildung.

Wir GRÜNEN wollen die vielfältigen Chancen des digitalen Wandels nutzbar machen und müssen dazu den digitalen Wandel auch im kommunalem Umfeld gestalten. Ein umfassender Datenschutz, beste IT-Sicherheit, echte Chancengleichheit und Barrierefreiheit sind dabei von grundlegender Bedeutung.

Wir sind aber noch lange nicht am Ziel! Wir haben den Mut und die Motivation, die anstehenden Herausforderungen anzugehen, innovative und neue Antworten zu entwickeln und gemeinsam mit allen Bonner*innen Veränderung zu gestalten. Dabei ist es uns GRÜNEN wichtig, das Leben aller Menschen in Bonn in den Blick zu nehmen: Ob bönnsche Pänz, ob zugezogen oder geflüchtet, wir alle können mit unseren Ideen, Erfahrungen und Perspektiven gemeinsam so viel mehr erreichen als alleine. So können wir gemeinsam eine Stadt und ein Zuhause für uns alle schaffen.

Wir wollen zusammen mit Ihnen diese Chance ergreifen und Bonn zu dem machen, was es sein kann: Eine grüne Stadt, die als Vorreiterin beim Klimaschutz für die Zukunft aufgestellt ist und dabei den Mensch im Mittelpunkt setzt. Dafür bitten wir Sie am 13. September 2020 um Ihre Stimme bei der Oberbürgermeister*innen- und Kommunalwahl, aber auch darüber hinaus im weiteren Dialog für unsere Stadt.

1 BONN GRÜN GESTALTEN: KLIMA UND UMWELT SCHÜTZEN

Bonn ist eine grüne Stadt. Wir wollen der Natur in Bonn Raum geben und Bonn zur Klimakommune machen.

Wer GRÜN wählt, stimmt dafür ...

- Bonn bis 2030 klimaneutral zu machen.
- eine „Task-Force Klimaschutz“ in der Verwaltung einzusetzen.
- Klimaschutz und Biodiversität als Querschnittsthema bei allen Planungen zu berücksichtigen.
- ein ökologisches Zentrum in Bonn zu schaffen.
- das Konzepts der „Biostadt Bonn“ weiterzuentwickeln.

BONN FIT FÜR DIE ZUKUNFT MACHEN: BONN WIRD KLIMASCHUTZKOMMUNE

Zwei extrem heiße Sommer in Folge, niedrige Wasserstände im Sommer an Rhein und Sieg, tote vertrocknete Bäume in der Stadt und im Wald, gleichzeitig auch Starkregen. Tatsache ist: Extreme Wetterereignisse werden zunehmen, wenn wir der Klimakrise keinen Einhalt gebieten.

Als Kommune müssen wir jetzt handeln, Maßnahmen zum Klimaschutz ergreifen und gleichzeitig Bonn auf die unvermeidbaren Auswirkungen des Klimawandels vorbereiten. Wir werden Bonn zu einer echten Klimastadt machen, die ihrer Vorbildfunktion gerecht wird. Gerade als UN-Stadt mit dem Sitz des Klimasekretariats kommt Bonn eine besondere Verantwortung zu. Der Stadtrat hat den Klimanotstand ausgerufen und damit ein erstes wichti-

ges Zeichen gesetzt. Diesem Zeichen müssen aber auch Taten folgen, die weit über Zielbeschlüsse und Prüfaufträge hinausgehen.

Wir GRÜNE wollen bis 2030 die Stadtverwaltung Bonn klimaneutral gestalten, die Stadt in ihrer Gesamtheit soll bis 2035 klimaneutral werden. Dabei ist uns wichtig nicht ein fernes Ziel zu nennen, sondern durch stete Emissionsreduzierung die Klimaneutralität auf einem möglichst linearen Pfad zu erreichen. Bis 2025 wollen wir die Treibhausgasemissionen der städtischen Einrichtungen halbieren und die der Stadt insgesamt um ein Drittel reduzieren. Diese Ziele sind ambitioniert, aber notwendig, denn es geht um unsere Zukunft. Eine ausbaufähige Grundlage hierfür haben wir in den letzten Jahren geschaffen: durch den Masterplan Klimaschutz, die Gründung der Bonner Energieagentur, die Leitstelle Klimaschutz und das städtische Solarkataster. Es müssen aber viele weitere Maßnahmen für den kommunalen Klimaschutz folgen, die von Energieeinsparpotenzialen über die verstärkte Nutzung der Photovoltaik bis in die Bereiche Mobilität und Bauen reichen.

Gleichzeitig muss sich die Stadt aber auch auf die Folgen des Klimawandels vorbereiten. Hierzu gehören beispielsweise Anpassungen im Grünflächenmanagement und der Forstwirtschaft, die Begrünung von Gebäuden, Beschattung von Gebäuden in der Innenstadt oder die nachhaltige Nutzung von Regenwasser. Klar ist für uns: Klimaschutz und Klimaanpassung sind Querschnittsaufgaben, die alle Lebensbereiche betreffen und umfassen. Und wir sind davon überzeugt, dass ein verstärkter Einsatz für Klimaschutz und Klimaanpassung auch die Lebensqualität der Bürger*innen unserer Stadt verbessern wird. Deshalb ist es uns auch wichtig, den Einsatz und das Engagement der zahlreichen Bonner Bürger*innen für den Klimaschutz ernst nehmen und gemeinsam mit ihnen konkrete und verbindliche Maßnahmen umzusetzen. Gerade für die sozial-ökologische Wende ist es unabdingbar, dass alle Bürger*innen beteiligt werden und Maßnahmen nicht allein im Stadthaus beschlossen werden.

Klimaschutz und Klimaanpassung müssen in Bonn aber auch endlich Chef*innensache werden. Wir brauchen eine*n Verwaltungschef*in, der/die sich für mehr Klimaschutz einsetzt und das Thema nicht nur in Sonntagsreden mit

höchster Priorität behandelt. Dies werden wir kontinuierlich einfordern und die bereits vorhandene Leitstelle Klimaschutz zu einer dezernatsübergreifenden „Task-Force Klimaschutz“ ausbauen und mit entsprechenden Kompetenzen ausstatten.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass bei allen Entscheidungen im Stadtrat (inklusive des Haushalts) Klimaschutz und Klimaanpassung immer und prioritär mitzudenken und in den Entscheidungen zu berücksichtigen sind. Wir werden uns also in allen Bereichen für die Berücksichtigung von Klimaschutz und Klimaanpassungsmaßnahmen einsetzen und diesen Einsatz auch mit einem erhöhten Mitteleinsatz hinterlegen. Analog zur Ausweisung von haushälterischen Auswirkungen ist künftig jede Beschlussvorlage auf ihre Klimarelevanz zu prüfen. Um einen klaren Rahmen für Klimaschutz und Klimaanpassung in Bonn zu haben, werden wir ein aktualisiertes, erweitertes und verbindliches Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzept für Bonn verabschieden. Grundgedanke hierbei ist, auf der Basis von längst bestehenden Instrumenten zur Klimaanpassung, zum Schutz städtischer Freiräume oder zur Minimierung klimaschädlicher Emissionen verbindliche kommunalpolitische Leitplanken zu entwickeln, an denen sich die Stadt Bonn klimapolitisch messen lassen kann. Kernziel des städtischen Handelns muss es sein, in einem ersten Schritt bis 2030 die Stadtverwaltung und in einem weiteren Schritt die gesamte Stadt Bonn bis 2035 klimaneutral zu machen. Für uns gilt dabei ein klarer Primat realer Maßnahmen vor einem Ausweichen auf etwaige Kompensationszahlungen.

ENERGIEVERSORGUNG IN BONN: KLIMAFREUNDLICH GESTALTEN

Das Potenzial auf den Bonner Dächern für Solaranlagen wird auch 20 Jahre nach Einführung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) kaum genutzt. Wir wollen deshalb die Bürger*innen der Stadt durch Information und verstärkte Beratung darin unterstützen, wieder mehr Solaranlagen auf ihren Dächern zu installieren und insbesondere durch Mieterstromprojekte dafür sorgen, dass auch Menschen ohne Wohneigentum von der Energiewende profitieren können. Soweit die Stadt Vorgaben machen kann, wird bei Neubauten

die Installation von Photovoltaik (PV)-Anlagen nach dem Tübinger Modell verpflichtend. Alternativ soll auf das PV-Pachtmodell der Stadtwerke zurückgegriffen werden können. Für den Ausbau der Photovoltaik auf öffentlichen Dachflächen muss das Engagement und die Investitionsbereitschaft der Öffentlichkeit endlich Beachtung finden. Dazu sollen durch entsprechende Ausgestaltung von Verträgen zum Strombezug aus PV-Anlagen für privatwirtschaftliche Akteure, vor allem Bürger*innen und Energiegenossenschaften, Anreize geschaffen werden, PV-Anlagen auf öffentlichen Dächern zu errichten. Damit wird zugleich der städtische Haushalt entlastet. Die Zusammenarbeit der Stadt mit lokalen Bürgerenergiegenossenschaften muss ausgebaut werden um bürgerschaftliche Beteiligung zu ermöglichen.

Die Wärmeversorgung in Bonn muss klimafreundlicher gestaltet werden. Damit in allen Quartieren in Bonn die Möglichkeit für eine klimafreundliche Wärmeversorgung ermöglicht wird, werden wir ein stadtweites Wärmekonzept auf den Weg bringen. Insbesondere werden wir dabei Neubauten berücksichtigen. Die Bonner Energie Agentur werden wir finanziell besser ausstatten, damit sie ihr Beratungsangebot über die Privathaushalte hinaus auch auf das Gewerbe ausweiten kann.

KLIMAANPASSUNG BEI ALLEN PLANUNGEN MITDENKEN

Kottenforst, Derletal, Ennert, Meßdorfer Feld, Lausacker, Rhein- und Siegaue: Bäume, Alleen, Parks, Kleingärten und Grünflächen machen unsere Stadt lebenswert und klimafreundlich. Wir werden uns dafür einsetzen, kleine und große Freiflächen zu erhalten, Frischluft-Schneisen und Kaltluft-Entstehungsgebiete bei zukünftigen Planungen zu schützen und neu zu schaffen und versiegelte Flächen zu entsiegeln, wo es möglich ist. Wir setzen uns ein für einen klimaresilienten Stadtumbau, um die Folgen von Hitze, Trockenheit und Starkregen zu mindern. Maßnahmen dafür sind der Erhalt, Ausbau und die Vernetzung von begrünten Flächen, mehr und klimaangepasste Straßenbäume, versickerungsfähige Oberflächen auf Plätzen und Wegen, der Ausbau unterirdischer Wasserspeicher, schattige Plätze und Klimaoasen, mehr Brunnen und offene Wasserflächen, ein grünes Wohn- und Arbeitsumfeld, begrünte Dächer und Fassaden sowie hellere Oberflächenbeläge.

DIE LUFTQUALITÄT VERBESSERN

Atemluft ist das wichtigste Lebensmittel. Wir wollen die Schadstoffbelastung der Luft in Bonn deutlich senken. Da die Luftverschmutzung in Bonn vor allem durch den Verkehr verursacht wird, werden fast alle Maßnahmen zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs auch zu einer Verbesserung der Luftqualität führen. Wir setzen uns daher für eine konsequente Umsetzung des Luftreinhaltevorhabens „Lead City", des Luftreinhalteplans und des gerichtlichen Vergleichs ein, den die Stadt mit der Deutschen Umwelthilfe geschlossen hat. Auch andere Quellen tragen zur Luftbelastung bei. Wir sprechen uns gegen eine Erweiterung der Bonner Müllverbrennungsanlage, z.B. durch den Bau einer (über)regionalen Klärschlammverbrennungsanlage aus. Um genauere Daten zur lokalen Belastung zu erhalten, setzen wir uns für eine umfassende und transparente Messkampagne an verschiedenen Belastungspunkten im Stadtgebiet, z.B. im Rahmen eines Forschungsprojektes, ein. Hierdurch sollen die Daten der vom Landesamt betriebenen Messstellen ergänzt, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, und wenn nötig, umgehend entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden.

BONN GRÜNER PLANEN:
FREIRÄUME ÖKOLOGISCH NUTZEN – ARTENVIELFALT SCHÜTZEN

Bonn hat durch seine Lage zwischen Siebengebirge und Kottenforst, Rhein und Sieg eine vielfältige Flora und Fauna. Die Biodiversität ist in den letzten Jahrzehnten aber dramatisch zurückgegangen und verbliebene biologische Schätze sind bedroht. Beispielsweise sind alle bodenbrütenden Vögel aus der Siegaue verschwunden, das Insektensterben ist auch im Bonner Umland belegt und Nachtigallen hört man in der Stadt nicht mehr. Im Melbtal und der Düne Tannenbusch sind heute 40% der vormals beschriebenen naturschutzfachlich relevanten Pflanzenarten nicht mehr zu finden. Die Artenvielfalt der Bonner Naturschutzgebiete ist vor allem durch den Verlust von Trittsteinbiotopen und zu intensiver Nutzung bedroht. Uns bleiben jedoch bedeutende Vorkommen von Biotoptypen und Arten, beispielhaft die artenreichen Feuchtwiesen in Beuel, seltene Schmetterlingsarten und das letzte große Vorkommen der Wechselkröte in NRW. Wir tragen Verantwortung für ihren Er-

halt. Biodiversität, gesunder Boden, sauberes Wasser und reine Luft sichern unsere Lebensgrundlagen. Wir setzen uns dafür ein, dass sich in Bonn Naturräume weiter entwickeln, die Biodiversität und die Anpassungsfähigkeit an die Auswirkungen der Klimakrise steigen und Bonn einen zentralen Beitrag zu den Globalen Nachhaltigkeitszielen und den Zielen der Agenda 2030 leistet.

BONN IST ARTENREICH: LEBENSRAUM UND BIODIVERSITÄT

Zum Schutz der Biodiversität muss bei allen Planungen und Bauvorhaben auch der Erhalt von wichtigen Freiflächen, wichtigen Habitaten und wertvollen Biotopen berücksichtigt werden. Wir werden deshalb eine nachhaltige Strategie zum Erhalt der grünen Infrastruktur schaffen, die neben den Bedürfnissen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung auch Arten-, Biotop- und Naturschutz berücksichtigt. Die Anzahl der Straßenbäume soll erhöht werden. Das Verhältnis von Grün- zu Siedlungsfläche und das Grünvolumen sollen mindestens erhalten bleiben eher aber noch erweitert werden. Wo immer möglich soll in Siedlungsbereichen Fläche entsiegelt werden. Die Berücksichtigung des Integrierten Freiflächensystems muss feste Planungsgrundlage werden. Das Messdorfer Feld und der Lausacker bleiben erhalten. Eine Bebauung schließen wir aus.

Bonn soll eine Stadt sein, in der sich Bienen, Insekten, Vögel und andere Kleintiere wohl fühlen. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass viele, auch kleinste Flächen ökologisch aufgewertet werden. Zudem werden wir die Entsiegelungspotenziale in öffentlichen Bereichen prüfen und heben, z.B. auf Schulhöfen, Plätzen und Straßenrändern, und uns dafür einsetzen, dass die Stadt für Privatpersonen Anreize zur Flächen-Entsiegelung schafft.

Wir wollen aber auch, dass die bestehenden bauordnungsrechtlichen Vorschriften eingehalten werden. Die Verwaltung muss gegen die sich ausbreitenden Schottergärten in der Stadt vorgehen. Schottergärten schaden nicht nur dem Mikroklima, sondern nehmen Kleinlebewesen und Insekten den Lebensraum.

Die Bäche in Bonn werden wir renaturieren und dort, wo möglich, aus der Verrohrung herausholen. Wir berücksichtigen dabei, dass dies auch zur Klimaanpassung geboten ist. Wichtige temporäre Überflutungsflächen müssen geschaffen werden, nicht zuletzt, um Bonn auf die Klimaver-änderungen vorzubereiten und für extreme Wetterereignisse vorzusorgen. Wir wollen eine weitere ökologische Aufwertung der Gewässer erreichen, um ihre biologische Durchgängigkeit zu erhöhen oder wiederherzustellen, bzw. um eine weitere ökologische Aufwertung zu erreichen, Lebensräume für Tiere zu schaffen und Naherholung zu ermöglichen. Wir setzen uns für eine aktive Vorsorge vor den Folgen von Starkregen und Trockenheit ein. Mit dem Konzept der „Schwammstadt" wollen wir Wasser bei Starkregen in der Fläche zurückhalten, um Überflutungen vorzubeugen, und um in Trockenphasen die Versorgung von Pflanzen mit verfügbarem Wasser zu verbessern. Um die ökologische Wasserqualität zu verbessern setzen wir uns für Bio-Landbau an Gewässerrändern ein.

Wir werden ein stadtweites Biodiversitätsmanagement etablieren. Hierzu wird der Aktionsplan Biodiversität neu aufgelegt. Die Maßnahmen müssen klar definiert und konsequent umgesetzt werden. Die für die Umsetzung der Maßnahmen notwendigen finanziellen Mittel werden wir im Haushalt verankern. Auch die notwendigen Änderungen im Stellenplan der Stadtverwaltung für die Umsetzung der Maßnahmen werden wir berücksichtigen. Wir haben den fast vollständigen Verzicht von Pestizideinsatz auf öffentlichen Flächen erreicht. Wir werden die städtischen Möglichkeiten nutzen, auf die Deutsche Bahn einzuwirken, den Einsatz von Glyphosat und anderen schädlichen Pestiziden auf den Gleisen im Stadtgebiet einzustellen.

Neben den notwendigen Flächen für Insekten und andere Tiere haben insbesondere Lichtquellen in der Nacht Einfluss auf die Artenvielfalt, aber auch die menschliche Gesundheit. Wir werden deshalb das Beleuchtungskonzept der Stadt erneuern und geeignete Maßnahmen gegen unnötige Lichtverschmutzung ergreifen. Zum Beispiel möchten wir die Beleuchtung auf insektenfreundlichere Wellenlängen umstellen und bewegungsabhängige Varianten prüfen. Dabei werden erforderliche Sicherheitsaspekte wie die Beleuchtung von Fahrrad- und Fußwegen berücksichtigt.

Um die Artenvielfalt in der Region noch besser zu schützen, setzen wir uns dafür ein, dass der Austausch und die Zusammenarbeit zum Thema Biodiversität mit unseren angrenzenden Nachbarkommunen intensiviert und ausgebaut werden. Dafür bietet der Runde Tisch „Artenschutz“ einen ersten guten Ansatz.

GRÜNE STADT DER VEREINTEN NATIONEN: ÖKOLOGISCHES ZENTRUM IN BONN

Naturschutzgebiete, Fauna-Flora-Habitate, geschützte und schutzwürdige Biotope, Trittsteinbiotope und Ausgleichsflächen werden wir erhalten und weiterentwickeln. Parkanlagen, das Rheinufer, aber auch Friedhöfe und Grabeland sowie Kleingärten sind Oasen für Artenvielfalt, Klima und Erholung. Diese Flächen werden wir deshalb, wo möglich, ökologisch weiter aufwerten. Um diesen Prozess zu unterstützen, soll das Gelände der ehemaligen Stadtgärtnerei ein Vorzeigeprojekt für die UN-Stadt-Bonn zur Nachhaltigkeit werden. Hier sollen Bürger*innen auch über Baum- und Pflanzenarten informiert werden, die den Belastungen des Klimawandels widerstehen können. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass auf dem Gebiet der ehemaligen Stadtgärtnerei ein ökologisches Zentrum errichtet wird, in dem auch die Biologische Station angesiedelt wird. Für die dort befindliche Biologische Station Bonn/Rhein-Erft ist ein neues Gebäude zum Beispiel nach dem Vorbild an den Krickenbecker Seen als Holzhaus mit angegliedertem Info-Zentrum zu errichten. Zudem werden wir uns dafür einsetzen, dass auch die Rheinaue unter Berücksichtigung des Denkmalschutzes ökologisch aufgewertet wird.

BONN NACHHALTIG UND FAIR: BIOSTADT BONN WEITERENTWICKELN

Wir werden die Biostadt Bonn weiterentwickeln. Der Anteil an Bio- und regionalen Produkten soll mittelfristig bei der Mittagsverpflegung in Kitas, Schulen und Seniorenheimen auf 50 Prozent gesteigert werden. Die Beschaffungsrichtlinien der Stadt werden wir entsprechend anpassen und den im Aufbau befindlichen Ernährungsrat von städtischer Seite unterstützen. Zudem werden wir uns dafür einsetzen, dass auf allen Märkten der Stadt Bonn

(auch z.B. dem Weihnachtsmarkt) mindestens 10 Prozent des Warenangebots Bioware ist oder aus fairem Handel stammt und in den nächsten fünf Jahren kontinuierlich auf 20 Prozent gesteigert wird.

BONN WIRD ZERO-WASTE-KOMMUNE: MÜLLBERGE VERSCHWINDEN LASSEN

Deutschland hat eines der höchsten Müllaufkommen pro Kopf in Europa. Wir brauchen einen ambitionierten gesetzlichen europäischen Rahmen – dieser alleine wird jedoch nicht ausreichen. Auch Kommunen, Unternehmen und Konsument*innen stehen in der Verantwortung. Weniger weg zu werfen, bedeutet kleinere Müllmengen, weniger CO2-Emissionen und weniger Verbrauch knapper Rohstoffe. Wir GRÜNE setzen uns deshalb für einen nachhaltigen Umgang mit Konsumgütern ein.

Wir wollen, dass Bonn bis 2040 weitgehend müllfrei wird. In Zusammenarbeit mit bonnorange werden wir uns dafür einsetzen, die Recyclingquote der Haushalts- und Gewerbeabfälle deutlich zu steigern. Wir werden uns dafür einsetzen, dass grüne und blaue Tonnen in Bonn flächendeckend aufgestellt werden. Auch die Verwertungsquote von E-Schrott muss verbessert werden. Wir wenden uns gegen jegliche Scheinverwertung von Plastik und dessen Exporte in Entwicklungs- und Schwellenländer.

Die Plastikmüllmengen in Bonn müssen schrumpfen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Stadt Bonn bei eigenen Veranstaltungen Vorreiterin wird und auf Einweggeschirr verzichtet. Auch bei Großveranstaltungen sowie Wochen- und Weihnachtsmärkten in allen Stadtbezirken werden wir einfordern, dass die Stadt ihren Einfluss wahrnimmt, um Einweggeschirr weitestgehend auszuschließen. Das Angebot von Mehrfach- und Pfandgefäßen für Coffee-to-go in Bonn werden wir im Dialog mit den Gastronom*innen ausbauen.

Die Öffentlichkeitsarbeit von Stadt und bonnorange sowie der Dialog mit Bürger*innen und Unternehmen werden wir verstärken, um ein stärkeres Bewusstsein für Konsum und die richtige Entsorgung von Müll zu schaffen.

Aktionstage, z.B. gemeinsam mit der/dem Verwaltungschef*in können hierfür ein Mittel sein.

Wir wollen Müll auf Äckern und in der Landschaft gezielt beseitigen.

Wir wollen weitere Unternehmen und Läden davon überzeugen, Lebensmittel mit ablaufendem Mindesthaltbarkeitsdatum an geeignete Verteilstationen, wie z.B. die Tafel oder andere soziale Einrichtungen abzugeben. Denn bisher wird ein großer Teil der Lebensmittel nach Ablauf des Mindesthaltbarkeitsdatums von Handel und Dienstleistern weggeworfen. Diese Verschwendung wollen wir beenden.

Second-Hand-Kaufhäuser, Repaircafés und Tauschbörsen wollen wir stärken, um die langfristige Nutzung von Kleidern, Möbeln, elektrischen Geräten und Spielzeug zu ermöglichen.

Neuere Erkenntnisse zeigen, dass Kunstrasen mit Schadstoffen belastet und sie eine bedeutende Quelle von Mikroplastik sein können. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Kunstrasenplätze so stabilisiert werden, dass kein Plastik in die Umwelt austritt. Bei Sanierungen wollen wir die schädlichen Mikroplastikquellen durch nachhaltige Materialien ersetzt.

BONN BÖLLERFREI: LICHTSHOW STATT FEUERWERK

Wir setzen uns für ein feuerwerksfreies Stadtgebiet ein. Feuerwerkskörper führen zu einer erheblichen Belastung mit CO2 und Feinstaub, verursachen immer wieder schwere Verletzungen und sind für viele Menschen und Tiere verängstigend, vor allem wegen des Lärms.

Statt individueller Feuerwerke sollen zum Jahreswechsel an zentralen Plätzen in allen Bezirken Alternativen wie z.B. Laser- oder Licht-Drohnenshows installiert werden, so dass die Bonner*innen auch zukünftig gemeinsam feiern und ins neue Jahr starten können. Auch bei traditionellen

Volksfesten wie „Rhein in Flammen“ sollen mittelfristig solche emissionsarmen Varianten eingesetzt werden.

BONN LEISER GENIESSEN: LÄRM REDUZIEREN

Bonn lebt davon, dass Menschen sich treffen, bewegen und aktiv sind. Die dabei entstehende Geräuschkulisse ist Ausdruck von Aktivität, Lebensfreude und Gemeinsamkeit. Gleichzeitig ist Bonn die lauteste Stadt NRWs – die Geräusche der Einen können eine Beeinträchtigung der Anderen sein.

Lärm kann die Lebensqualität mindern, Konzentrationsstörungen verursachen und gesundheitliche Auswirkungen haben: Lärm führt zu Bluthochdruck, Schlafstörungen und anderen Erkrankungen und dadurch zu vermehrter Medikamenteneinnahme. Lärm ist, wenn nicht vermeidbar, so doch effektiv zu vermindern. Wir wollen störende Lärmereignisse, wo möglich, reduzieren. Dies kann durch Rücksichtnahme und passive Lärmschutzmaßnahmen geschehen.

Zur Umsetzung und Erarbeitung von Lösungen werden wir Arbeitsgruppen einrichten, an denen auch Bürger*innen beteiligt werden. Große Verkehrsadern wollen wir systematisch lärmberuhigen. Wo möglich, soll Flüster-Asphalt eingesetzt werden. Die Umstellung des innerstädtischen Busverkehrs auf alternative, nicht-fossile Antriebe wird hier zu einer spür- und hörbaren Entlastung führen. Wir werden uns im Dialog mit der Bezirksregierung dafür einsetzen, dass auf allen Autobahnabschnitten in der Nähe von Wohnbebauung innerhalb des Bonner Stadtgebiets ein nächtliches Tempo 80 eingeführt und aktiver Lärmschutz umgesetzt wird. Zusätzlich fordern wir auf mehr innerstädtischen Straßen ein Tempolimit von 30 km/h und setzen wir uns im Dialog mit der Bahn dafür ein, dass auch für die Bahnstrecken innerhalb Bonns Lärmschutz stärker berücksichtigt wird.

Bereits erfolgreiche Lösungen anderer Kommunen werden wir übernehmen, anwenden und städtebauliche Landesmittel dabei in möglichst vollem Umfang abrufen. Dabei wollen wir Schifffahrt, den regionalen und

überregionalen Flugverkehr und den Bahnverkehr mit einbeziehen. Für ein Nachtflugverbot am Köln/Bonner Flughafen setzen wir uns weiterhin ein.

2 BONN BEWEGEN: MOBILITÄTSWENDE UMSETZEN

Für eine wirkliche Mobilitätswende müssen wir die Mobilität in Bonn neu denken, vorhandene Räume neu gestalten und bei neuen Räumen anders planen als bisher.

Wer GRÜN wählt, stimmt dafür ...

- den Fuß- und Radverkehr zu stärken und das ÖPNV-Angebot auszuweiten.
- sichere und umwegefreie Radrouten durch die City einzurichten.
- Mobilität in barrierefreie zu gestalten.
- bis 2025 eine autofreie Innenstadt zu verwirklichen.
- ein kostengünstiges ÖPNV-Jahresticket für alle zu schaffen.

MOBILITÄT IN BONN

Mobilität – die Möglichkeit von einem Ort zum anderen zu kommen, zur Arbeit zu pendeln und Waren zu liefern – bedeutet Teilhabe und Freiheit für jede*n einzelne*n. Gleichzeitig ist die Verkehrs- und Mobilitätswende ein zentraler Baustein für den Klimaschutz. Deshalb brauchen wir eine umweltfreundliche, sozial gerechte und barrierefreie Mobilität, die das Klima schützt, die Bodenversiegelung begrenzt, die Lärm- und Luftbelastung minimal hält und allen Menschen die Möglichkeit gibt, sich frei in der Stadt zu bewegen. Dabei verfolgen wir das Ziel der Vision Zero. Wir wollen die Infrastruktur so sicher gestalten, dass es nicht mehr zu Toten oder Schwerverletzten im Straßenverkehr kommt.

Mit den großen Projekten „Emissionsfreie Innenstadt“ und „Lead City Bonn“ sowie vielen Einzelmaßnahmen, z.B. dem Ausbau des Radwegenetzes in Bonn, wurden in den vergangenen Jahren wichtige Weichen gestellt, die es jetzt weiter auszubauen gilt.

Dafür wollen wir verstärkt digitale Technologien einsetzen, die Mobilität durch Fußgänger*innen, Radfahrer*innen, ÖPNV und Autoverkehr zusammen betrachtet. Ihre Ziele sollen sich an Ökologie, Sicherheit, Effizienz und Bürgernähe orientieren. Dazu soll eine weiträumige aber engmaschige online und digitale Erfassung des Verkehrsflusses aufgebaut werden, speziell des ÖPNV, des privaten Automobilverkehrs und Fahrradverkehrs.

Wir möchten eine Stadt der kurzen Wege, in der die Menschen im Mittelpunkt stehen und die auch Plätze zum Verweilen bietet. Wir orientieren uns dabei an erfolgreichen Mobilitätswenden wie u.a. in Amsterdam und Kopenhagen.

BONN ZU FUSS UND MIT DEM RAD: NAHMOBILITÄT STÄRKEN

Der Fußverkehr ist wichtiger Bestandteil der innerstädtischen Mobilität. Deshalb wollen wir die Mobilitätsplanung in Bonn so gestalten, dass sie unterstützend auf den Fußverkehr wirkt. Dazu gehört auch eine komfortable, umwege- und barrierefreie Wegeführung auf sämtlichen Straßen, Wegen und Plätzen. Dies erfordert mehr und sichere Möglichkeiten, Straßen zu überqueren sowie abgesenkte Bordsteine und taktile Leitelemente, um mobilitätseingeschränkte Menschen zu unterstützen. Wir setzen uns ein für eine fußgänger*innenfreundliche Schaltung der Ampeln, längere Grünphasen für Fußgänger*innen sowie eine bessere Überwachung bei Durchfahrverboten und Parken auf den Gehwegen.

Wir wollen den öffentlichen Raum so gestalten, dass er Aufenthaltsqualität besitzt und Platz für Begegnungen bietet. Dies gilt auch für die Wege, die man zurücklegt. Attraktive Orte sollen durch gute Fußwege miteinander verbunden sein.

Wir wollen Bonn zu einer Stadt machen, die mit dem Fahrrad erkundet und erlebt werden kann. Schon heute ist das Fahrrad für viele das Hauptverkehrsmittel. Um das Fahrradfahren attraktiv zu machen, werden wir die Radinfrastruktur ausbauen, den Radverkehr fördern sowie die Sicherheit für Radfahrer*innen verbessern.

Dazu ist ein geschlossenes und flächendeckendes Radwegenetz notwendig. Wir werden, da wo es städtebaulich möglich ist, eine bauliche Trennung vom motorisierten Individualverkehr (PKW, Motorräder, etc.) umsetzen und auf eine gemeinsame Radwegführung mit dem Fußverkehr verzichten. Dabei werden wir uns an Städten wie Utrecht, Kopenhagen und Amsterdam orientieren, die durch eigene, baulich separate Radwege und Querungshilfen, wie z.B. Verkehrsinseln, den Radverkehr fördern.

An Hauptverkehrsstraßen wollen wir eine baulich getrennte Radverkehrsführung und Kreuzungsgestaltung für Radfahrer*innen, die sich am Beispiel der Niederlande orientiert. Die Radinfrastruktur soll klar erkennbar sein und durch entsprechende Fahrbahnmarkierungen gekennzeichnet werden.

Eigene Fahrradzonen sollen entstehen, das Parken von Autos eingeschränkt und sicherer für den Fahrradverkehr gemacht werden. Der fließende Verkehr – auch der von Radfahrer*innen und Fußgänger*innen muss Vorrang vor dem ruhenden Verkehr haben.

Eigene Ampelsteuerungen sollen den Radverkehr besser unterstützen, und für Radfahrer*innen früher auf Grün schalten. Wir wollen mehr Rundum-Grün-Phasen, bei denen Radfahrer*innen und Fußgänger*innen die Kreuzung unabhängig vom motorisierten Verkehr überqueren. Zusätzlich soll es der grüne Abbiegepfeil für Radfahrer*innen den Fahrradverkehr beschleunigen. Eine grüne Welle für Tempo 20 soll es für Straßenzüge geben, die sehr stark von Fahrradfahrer*innen frequentiert sind und auf denen breite Fahrradwege existieren.

Wir werden uns zudem dafür einsetzen, dass das städtische Baustellenmanagement stark verbessert wird und klare Regelungen bezüglich der Verkehrsführung von Fuß- und Radverkehr an Baustellen vorgegeben werden.

Die Bonner Innenstadt hat viel zu bieten und lädt mit ihrer Fußgängerzone zum Verweilen, zum Austausch und zu Begegnungen ein. Wir setzen uns für eine autofreie Innenstadt bis 2025 ein. Innerhalb dieses Bereichs soll eine verkehrsberuhigte und vom KFZ-Durchgangsverkehr befreite Innenstadt entstehen.

Die Stadt soll zentral kostenlose Schließfächer installieren, welche besonders für Bürger*innen und Reisende ohne Auto beispielsweise beim Einkauf eine Entlastung bieten.

Eine Bahnunterführung nur für Radfahrer*innen zwischen Kaiserplatz und Poppelsdorfer Allee ist unerlässlich. Sie soll die Ausläufer der Straßen am Kaiserplatz und der Poppelsdorfer Allee miteinander verbinden. Wir setzen uns für eine Fuß- und Fahrradbrücke über den Rhein ein, um die Mobilität zu Fuß und mit dem Rad zu stärken.

Alle Stadtteile sollen untereinander und jeweils mit dem Stadtkern durch ein geschlossenes und qualitativ hochwertiges Radwegenetz verbunden werden. Dabei setzen wir gezielt auf die Ausweitung des Netzes aus Radschnellrouten, das im Rahmen des Projekts „Emissionsfreie Innenstadt“ bereits geplant ist. Dies beinhaltet auch den Ausbau der Radrouten entlang des Rheins zu Radschnellrouten. Die Radpendlerrouten wollen wir in enger Kooperation mit dem Rhein-Sieg-Kreis, mit Verbänden wie dem ADFC und dem VCD, mit den Hochschulen und den großen Arbeitgebern in der Region ausbauen.

Wir wollen zudem die Radmobilität in Bonn durch die Einführung des grünen Abbiegepfeils für Radfahrer*innen sowie den Ausbau des Fahrradverleihsystems insbesondere in den peripheren, höher gelegenen Stadtteilen und dessen Ergänzung durch Pedelecs und Lastenfahrräder stärken. Die Kompatibilität des E-Leihrad-Systems des Rhein-Sieg-Kreises mit dem Bonner System wollen wir möglich machen. Zudem wollen wir die bestehenden Fördermög-

lichkeiten für Lastenfahrräder bekannter machen, um die Anzahl der Lastenräder in Bonn zu erhöhen.

Wir werden die Anzahl an sicheren Fahrrad-Abstellmöglichkeiten erhöhen und uns mit den Parkhausbetreibern dafür einsetzen, Fahrradstellplätze in allen öffentlich zugänglichen Parkhäusern in Bonn zu schaffen, wohnortnahe mietbare Fahrradboxen aufzustellen und mehr Radstationen an den Bonner Bahnhöfen einrichten. Beim Bau neuer Radstationen setzen wir auf das bewährte Konzept der Radstation am Hauptbahnhof, das nicht nur auf zusätzliche Plätze für Fahrräder, sondern auch auf Ausbildung und Qualifizierung setzt.

Winterdienst, Straßenreinigung und Ordnungsdienste müssen stärker auf die Belange von Fußgänger*innen und Radfahrer*innen ausgerichtet werden.

BONN MIT BUS UND BAHN

Der ÖPNV trägt entscheidend zur Mobilitätswende bei. Wir wollen ihn deshalb für alle Menschen attraktiver und sicherer gestalten, ihn zuverlässig und barrierefrei machen und zu günstigen Preisen anbieten. Dazu sind auch weitere städtische Finanzmittel bereitzustellen. Wir werden uns im VRS für ein „Jobticket für Alle“ einsetzen, das für Fahrten innerhalb der Stadt Bonn 30€/Monat und im gesamten VRS 60€/Monat kosten soll.

Wir GRÜNE setzen uns für eine Neugestaltung des Zentralen Omnibus-Bahnhofs (ZOB) ein, die barrierefrei ist, Wetterschutz und mehr Sitzmöglichkeiten bietet. Am ZOB wie an den meisten Haltestellen werden digitale Echtzeit-Anzeigen benötigt, um die Attraktivität des ÖPNV als verlässliches Verkehrssystem stärken.

Wir wollen das Sicherheitsgefühl der Bonner*innen auch bei nächtlicher Nutzung des ÖPNV stärken, z.B. durch bessere Beleuchtung von Haltestellen und geeigneten Anlaufstellen.

Wir GRÜNE befürworten den Bau der Seilbahn vom Venusberg über den Bahnhof UN-Campus bis nach Ramersdorf, die eine Ost-West-Achse und eine attraktive ÖPNV-Verbindung über den Rhein bieten wird.

Die im Rahmen der Lead City Bonn eingeführten Verbesserungen beim Angebot des ÖPNVs werden wir beibehalten und weiterentwickeln. Dabei werden wir uns für die Umsetzung des Anschlusses der Straßenbahnlinie 61 von Auerberg an die Linie 16/63 einsetzen sowie für den Bau der Westbahn (Hardtbergbahn) als oberirdische Straßenbahn/Stadtbahn. Wir werden uns dafür einsetzen, dass bis zum Bau des Anschlusses der Straßenbahnlinien 61/62 in Dottendorf an die Linien 16/63 zwischen Gronau und Hochkreuz das ÖPNV-Netz um eine direkte Busverbindung über Friesdorf mit dichtem Takt in diesem Abschnitt verstärkt wird. Auch für eine Weiterentwicklung der Stadt- und Straßenbahnlinien auf der rechten Rheinseite, z.B. nach Niederkassel, setzen wir uns ein.

Die Takthäufigkeit der Linien, insbesondere der Stadtbahnen nach Siegburg und Köln, wollen wir erhöhen. Dazu bedarf es einer intensiven Zusammenarbeit mit dem Rhein-Sieg-Kreis und der Stadt Köln. Zur Beschleunigung des Bus- und Bahnverkehrs werden wir uns für die Einführung von intelligenten Ampelvorrang-Schaltungen an allen Kreuzungen einsetzen. Auch die Einführung weiterer Umweltspuren zur Beschleunigung des Busverkehrs werden wir vorantreiben. Der Busverkehr darf nicht durch parkende Autos behindert werden, darum werden wir da, wo es erforderlich ist, in engen Straßen mit Busverkehr die Zahl der Parkplätze reduzieren. Wir werden uns dafür einsetzen, dass nicht nur die Taktung erhöht wird, sondern auch die Zuverlässigkeit des ÖPNV wieder zunimmt. Dafür bedarf es ausreichend fahrtüchtiger Busse und Bahnen sowie einer gezielten Ausbildung und Einstellung von qualifiziertem Personal. Die Ausschüttungserwartungen an die Stadtwerke werden wir zu Gunsten des weiteren Ausbaus und eines verbesserten Angebots des ÖPNVs reduzieren. Das Angebot der SWB, Planungsleistungen für die Stadt zu erbringen, greifen wir gern auf.

Wir wollen, dass alternative, nicht-fossile Busantriebe in Bonn bis 2030 Standard werden. Zudem werden wir den barrierefreien Ausbau von Haltestellen

weiter vorantreiben und beschleunigen, um Menschen mit Mobilitätseinschränkung die Nutzung des ÖPNVs zu ermöglichen. Nicht zuletzt als UN-Stadt kommt Bonn bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

eine besondere Verantwortung zu. In allen Bussen und Bahnen in Bonn soll WLAN kostenfrei angeboten werden.

BONN MIT DEN NACHBARN VERNETZEN: ZUSAMMENARBEIT IN DER REGION

Mobilität endet nicht an der Stadtgrenze. Deshalb müssen Fuß- und Radwege, ÖPNV- und Straßenplanung eng mit unseren Nachbarkommunen abgestimmt werden. Wir werden deshalb die Zusammenarbeit mit dem Rhein-Sieg-Kreis, seinen Kommunen sowie unseren Nachbarkommunen in Rheinland-Pfalz intensivieren und ausbauen.

Wir werden uns gegenüber der Deutschen Bahn weiterhin für eine bessere Anbindung des Bonner Hauptbahnhofes an das Fernverkehrsnetz sowie das Nahverkehrsnetz einsetzen. Insbesondere eine bessere Anbindung an Berlin und Brüssel mit ICEs und der Halt des durch Bonn fahrenden Nachtzugs Wien-Düsseldorf/ Brüssel ist für den Standort Bonn wichtig. Wir sprechen uns zudem für ein besseres Angebot am Fernbahnhof Siegburg/Bonn aus.

Die S23 Bonn – Euskirchen ist zeitnah zu elektrifizieren. Der bisherige Dieselbetrieb widerspricht der Zielsetzung einer umweltfreundlichen Bahn und schränkt die Leistungsfähigkeit der Voreifelbahn ein. Den Ausbau der S13 von Troisdorf bis Bonn-Oberkassel unterstützen wir. Dabei ist es wichtig, dass die durch den Ausbau rechtlich vorgeschriebenen Lärmschutzmaßnahmen von der Deutschen Bahn im Dialog mit den Bürger*innen umgesetzt werden. Auch im Rahmen der Weiterentwicklung des Güterverkehrs auf der Schiene entlang des Rheins setzen wir uns für einen besseren Lärmschutz für die Anwohner*innen in Bonn ein.

MOBILITÄT IN BONN VERZAHNEN

Wir werden uns dafür einsetzen, dass Informationen zu sämtlichen öffentlich zugänglichen Verkehrsmitteln in Bonn über eine einzige App zugänglich gemacht werden können. Zudem werden wir den im Rahmen der emissionsfreien Innenstadt begonnen Ansatz der Mobilitätsstationen stärken und entlang der Radschnellrouten weiterverfolgen. So wird ein leichter Wechsel von einem zum anderen Verkehrsträger ermöglicht.

Den im Rahmen von „Lead City" verfolgten Ansatz der Stärkung des betrieblichen Mobilitätsmanagements wollen wir in Kooperation mit dem Rhein-Sieg-Kreis und dem Zukunftsnetz Mobilität fortsetzen und weiterentwickeln. Denn es ist uns wichtig, Arbeitgeber*innen weiterhin dabei zu unterstützen, innovative Mobilitätsangebote für ihre Mitarbeiter*innen zu schaffen.

Um die Mobilitätspolitik auf kommunalpolitischer Ebene noch erfolgreicher zu gestalten, sind auch bundespolitische Reformen notwendig. Im Dialog mit dem Bund und mit den Möglichkeiten der Stadt Bonn beim Deutschen Städtetag werden wir uns dafür einsetzen, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen so angepasst werden, dass die grundsätzliche Einführung von Tempo 30 in Städten ermöglicht wird.

Um allen Menschen eine sichere und umwegefreie Mobilität zu ermöglichen, werden wir auf eine zügige Sanktionierung des Parkens auf Geh- und Radwegen durch das Ordnungsamt dringen. Deshalb werden wir uns auf allen Ebenen dafür einsetzen, die bundesrechtlichen Regelungen dementsprechend zu verändern.

BONN NEUEN RAUM GEBEN: STRASSENRAUM NEU GESTALTEN

Wir wollen alle Bonner*innen einladen, ihre Stadt mehr zu genießen, indem wir die Lärm- und Luftbelastung reduzieren, dem öffentlichen Raum Aufenthaltsqualität verleihen und Plätze zu Begegnungsstätten machen, die zum

Verweilen einladen. Deshalb wollen wir den öffentlichen Raum bei anstehenden Planungen neu gestalten.

Um die Aufenthaltsqualität zu erhöhen und Menschen zum Verweilen in der Stadt einzuladen, wollen wir für die Innenstadt das oberirdische Parken ausschließlich für mobilitätseingeschränkte Menschen ermöglichen.

Wir halten an unserem Ansatz zur Gestaltung des City Rings gerade auch im Zusammenhang mit einer autofreien Innenstadt fest. Die Umweltspur auf der Kaiserstraße wird gerade von Radfahrenden sehr geschätzt und beschleunigt den Busverkehr. Den Dialog mit allen Betroffenen und den Anwohner*innen werden wir weiter intensivieren.

In einer eigenen Stellplatz-Satzung wollen wir den wachsenden Bedarf an sicheren Abstellmöglichkeiten für Fahrräder ebenso berücksichtigen wie die Möglichkeit individuelle PKW-Parkplätze durch Car-Sharing-Plätze zu ersetzen. Wir setzen uns für ein Parkraummanagement ein, das im Rahmen eines umfassenden Bürgerbeteiligungsverfahrens entwickelt werden soll. Unser Ziel ist es, weniger Autos in der Stadt zu haben, denn die knappen Flächen in der Stadt sind zu wertvoll, um sie überwiegend als Parkplätze zu nutzen. Wir werden vorhandene Parkflächen zu Gunsten des Bewohnerparkens umwidmen. Die Möglichkeit der Kostenerhöhung wird dabei genutzt. Nicht-Bewohner*innen können diese Stellplätze nur kostenpflichtig nutzen. Die Parkgebühren sollen in ihrer Höhe einen Anreiz bieten, auf den ÖPNV umzusteigen.

Durch diese Änderungen werden Flächen frei, die anders genutzt werden können. Sie können entsiegelt und begrünt, dem Fuß- und Radverkehr zur Verfügung gestellt oder zu Aufenthaltsflächen umgestaltet werden. Auch auf Flächen, die nicht entsiegelt werden, brauchen wir mehr Grün für die Menschen in der Stadt. Sogenannte „Grüne Inseln“ aus Holz dienen sowohl als Sitzgelegenheit als auch als Blumenbeete. Wir setzen uns dafür ein, dass im Dialog mit den Bürger*innen in den jeweiligen Quartieren Konzepte für die freiwerdenden Flächen entwickelt werden. Dazu gehört für uns auch, dass bisher freie Flächen, wo möglich, erhalten bleiben. Wir bekräftigen unsere Position und stellen uns klar gegen eine Umsetzung der im Bundesverkehrswe-

geplan vorgesehenen „Südtangente". Bonn benötigt keine weitere Autobahn! Außerdem soll statt einer Verbreiterung der Stadtautobahn A 565 dort eine Radpendlerroute errichtet werden.

Um den Lieferverkehr in der Innenstadt mit Lastenrädern zu begünstigen, werden wir neben allgemeinen Ladezonen solche einrichten, die Lastenrädern vorbehalten sind. Wir werden uns außerdem dafür einsetzen, dass Flächen für firmenübergreifende Logistikzentren zur Verfügung gestellt werden, um ein Umladen auf Lastenfahrräder zu ermöglichen. Wir werden prüfen, ob die Schaffung solcher Zentren durch Förderung von Landes- oder Bundesseite unterstützt werden kann.

3 LEBEN IN BONN: QUARTIERE FÜR DIE ZUKUNFT

Bonn ist eine lebendige und wachsende Stadt mit vielfältigen Quartieren.

Wer GRÜN wählt, stimmt dafür ...

- bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen zu schaffen.
- die VEBOWAG zu stärken.
- das Bonner Baulandmodell weiterzuentwickeln.
- Städtebau und Klimaanpassung zusammenzudenken.
- die Quartiere gemeinsam mit ihren Bewohner*innen weiterzuentwickeln.

ZUKUNFTSFÄHIGES WOHNEN UND ZUSAMMENLEBEN IN BONN

Bonn ist eine wachsende Stadt. Angemessenen und bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen ist eine zentrale gesellschafts- und kommunalpolitische Aufgabe. Wir GRÜNE setzen uns deshalb für eine kommunale Wohnungspolitik ein, die dazu beiträgt, den gesellschaftlichen, sozialen und interkulturellen Zusammenhalt zu festigen und zu fördern. Wir möchten besonders die Menschen unterstützen, die erwiesenermaßen bei der Wohnungssuche diskriminiert werden.

Wohnungsneubau richtet sich ohne klare Rahmenbedingungen überwiegend an der zahlungskräftigsten Nachfrage aus. Günstiger und bezahlbarer Wohnraum bleibt knapp. Zur Schaffung und zum Erhalt von ausreichend bezahlbarem Wohnraum werden wir GRÜNE uns deshalb für eine proaktive und vorausschauende kommunalen Wohnungspolitik in Bonn einsetzen und die begonnenen sinnvollen Instrumente fortsetzen.

Wohnungspolitik ist aber mehr als nur Wohnungsbau. Wir verstehen Wohnungspolitik als Querschnittsaufgabe, die auch Mobilitätsangebote, Nahversorgung, Kindergärten und Schulen sowie Freiraumplanung und Naherholung umfasst. Deshalb werden wir die Bereiche Stadtplanung, Stadtentwicklung, Freiraumkonzepte, Infrastruktur und Mobilität noch stärker verzahnen und durch geeignete Beteiligungs- und Entscheidungsverfahren begleiten.

BONNER WOHNUNGSBAU

VEBOWAG

Für uns GRÜNE ist die VEBOWAG ein zentrales städtisches Instrument, um den geförderten Wohnungsbau auszuweiten. Deshalb werden wir uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass die VEBOWAG in städtischer Hand bleibt. Wir setzen uns dafür ein, die Eigenkapitalbasis der VEBOWAG zu stärken, unter anderem durch Verzicht auf eine Dividenden-Ausschüttung. So wollen wir den geförderten Wohnungsbau durch die VEBOWAG stärken.

BONNER BAULANDMODELL

Auch private Bauherren sollen angehalten und verpflichtet werden, ihren Teil beizutragen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Mit dem neuen Bonner Baulandmodell liegt nun ein Instrument vor, das es ermöglicht, bei entsprechend großen privaten Bauvorhaben dringend erforderlichen öffentlich geförderten Wohnungsbau (bis zu 40% der Bruttofläche) zu integrieren. Wir werden die konsequente Umsetzung des Bonner Baulandmodells durch die Verwaltung einfordern und begleiten, nach vier Jahren den Fortschritt der Anwendung des Modells überprüfen und ggf. nachsteuern.

BONNER STADTENTWICKLUNGSGESELLSCHAFT

Um die Planungsprozesse zu beschleunigen, setzen wir GRÜNE uns für eine Stadtentwicklungsgesellschaft ein, die eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Stadt ist und als zentrale Ansprechpartnerin zur Verfügung steht.

Ihre Kernaufgabe liegt dabei im Erwerb, der Sanierung und der Veräußerung von Immobilien und von Grundstücken in Erbpacht, um zusätzlichen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Zudem erhoffen wir uns, dass Planungsprozesse durch das Zusammenführen in einer Gesellschaft beschleunigt werden können.

STÄDTISCHE BODENPOLITIK FÜR BONN

Der Umgang mit Grund und Boden entscheidet über das Leben in unserer Stadt. Boden ist nicht vermehrbar und die Nutzung darf nicht dem Markt überlassen werden.

Wir GRÜNE werden uns deshalb dafür einsetzen, dass die Vergabe städtischen Bodens nach dem Höchstpreisprinzip abschafft wird. Zudem werden wir uns dafür einsetzen, dass Grundstücke nicht mehr ganz aus der öffentlichen Hand gegeben werden. Wir setzen uns dafür ein, dass ein Erbpachtmodell konsequent umgesetzt wird, das privaten Bauherr*innen und Investor*innen für festgelegte Nutzungen und Laufzeiten offensteht, Grund und Boden aber in öffentlicher Hand belässt.

Neben dem dringend notwendigen Wohnungsbau werden wir GRÜNE uns weiterhin dafür einsetzen, Freiluftschneisen freizuhalten, die für das Stadtklima und die Luftqualität dringend benötigt werden. Daran muss sich für uns jede Planung messen, denn niemand gewinnt, wenn Luftströme und Auswirkungen auf das Stadtklima nicht berücksichtigt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass auch in verdichteten Quartieren Freiraumqualität erhalten bleibt und öffentliche Grünflächen leicht erreichbar sind. Dazu sind Ausgleichsmaßnahmen verstärkt ortsnah zu realisieren, öffentliche Räume einzuplanen und zurück zu gewinnen, kleine Parks und grüne Infrastruktur in Quartieren auszubauen.

Das Potenzial von bisher ungenutzten Flächen wollen wir heben. Wir wollen proaktiv mit den Besitzer*innen von geeigneten Grundstücken ins Gespräch kommen, um gemeinsam nach einer sinnvollen Nutzung zu suchen. Auch dies kann die Aufgabe einer neuen Stadtentwicklungsgesellschaft sein.

KONZEPTVERGABEN: ERWEITERUNG DES BONNER BAULANDMODELLS

Für uns GRÜNE sind Konzeptvergaben als Erweiterung des Bonner Baulandmodells ein weiteres Instrument zur Umsetzung von sozial gerechter Bodennutzung.

Kommunale Grundstücke für den Wohnungsbau werden dabei auf Grundlage von Konzept-Ausschreibungen vergeben. Dabei erhält die Investor*in den Zuschlag, die/der für den festgelegten Festpreis, die in der Ausschreibung definierten Ziele in seinem Konzept am besten umsetzt. Für uns GRÜNE umfassen die notwendigen Ziele neben Quoten für den geförderten bzw. förderfähigen Wohnraum auch eine Beteiligung an Infrastruktur-Kosten, die in Zusammenhang mit dem Bauprojekt stehen, z.B. die Gestaltung von Grünflächen oder die Errichtung von sozialer Infrastruktur, wie Kindergärten.

BONN WEITER DENKEN: KOOPERATION MIT DEN UMLIEGENDEN STÄDTEN UND GEMEINDEN UND DEM RHEIN-SIEG-KREIS

Wir stehen in Bonn mit einer wachsenden Bevölkerung, großen Strömen an Pendler*innen und zunehmendem Nutzungsdruck auf Siedlungs-, Wirtschafts-, Verkehrs- und Freiflächen vor großen Herausforderungen. Bevölkerungswachstum, Flächenknappheit für Wohnen und Gewerbe sowie Überlastung der Verkehrsinfrastruktur erfordern eine Zusammenarbeit über Stadtgrenzen hinweg. Wir streben daher, analog zur interkommunalen Kooperation und Zusammenarbeit bei der Gewerbeflächenpolitik, auch im Bereich des Wohnungsneubaus eine Zusammenarbeit an. Wir möchten eine vertrauensvolle Stadt-Umland-Kooperation auf Basis von Freiwilligkeit und Gleichberechtigung mit einem fairen Interessenausgleich gestalten. So möchten wir eine abgestimmte Wohnungsbau- und Infrastrukturpolitik sowie die Schaffung neuer interkommunaler Wohngebiete gemeinsam gestalten.

STÄDTEBAU UND KLIMAANPASSUNG

Gerade in einer dicht besiedelten Stadt wie Bonn müssen der erforderliche und bezahlbare Wohnraum einerseits und der Erhalt von unverzichtbaren

Grünflächen und Baumbeständen andererseits immer zusammengedacht werden.

Wohnungsneubau in Bonn und städtische Klimapolitik müssen Hand in Hand gehen. Wir GRÜNE werden uns deshalb dafür einsetzen, die gesetzlichen Möglichkeiten vollständig und offensiv auszuschöpfen, damit private und öffentlichen Bauvorhaben (Wirtschafts- und Wohnungsbau) nur dann realisiert werden, wenn die Belange des Klima- und Freiraumschutzes berücksichtigt werden. Beschleunigte Planungsmaßnahmen nach § 13b Baugesetzbuch auf Kosten der Umwelt lehnen wir ab. Wir setzen uns bei allen Neubaumaßnahmen für eine entsprechende Umweltprüfung sowie einen Ausgleich für versiegelte Flächen ein.

Neben entsprechenden Auflagen bei Neubaugebieten und umfassenden Arbeiten im Altbestand, kann die Stadt beispielsweise durch die Vermittlung von Baum- und Beet-Patenschaften sowie die Förderung von Dach- und Fassadenbegrünungen ihre Bestrebungen, mehr Grün in die Wohnviertel zu bringen, verstärken.

GEMEINSCHAFT IN BONN LEBEN: SOZIAL LEBENDIGE QUARTIERE ERHALTEN

Attraktive Wohnquartiere leben von ihrer Vielfalt und einer guten Durchmischung, die sowohl die Art der Nutzung als auch das Alter und die soziale Zusammensetzung der Bewohner*innen betrifft. Wohnen und Arbeiten, Freizeit und tägliche Erledigungen sollten in Quartieren vereint sein und sie zu einem lebendigen, vielfältigen Sozialraum machen, in dem Menschen sich gerne aufhalten und miteinander in Kontakt kommen.

Bei Neubaugebieten wollen wir daher verstärkt darauf achten, verschiedene Nutzungsformen zu berücksichtigen. Gleiches gilt, unter Berücksichtigung der jeweiligen Bedürfnisse vor Ort, für die Quartiersentwicklung im Bestand. Gewerbeflächen und Büroräume, Einkaufsmöglichkeiten, Grünflächen, belebte öffentliche Plätze, aber auch das Café oder Restaurant um die Ecke gehö-

ren zu einem lebendigen Quartier. So entstehen Treffpunkte für die Bewohner*innen und es sind im Alltag weniger Wege zurückzulegen.

Auch die Mischung hinsichtlich Alter, sozialem Status und Herkunft oder ethnischem Hintergrund der Bewohner*innen werden wir bei der Weiterentwicklung von Quartieren berücksichtigen. Wir werden uns in diesem Zusammenhang dafür einsetzen, gerade auch Projekte für generationenübergreifendes Wohnen zu unterstützen. Im Rahmen der Vergabe städtischer Flächen in Konzeptausschreibungen sollten Ansätze zum generationsübergreifenden Wohnen entsprechend honoriert werden. Auch die Kombination von Senior*innen- und Studierendenwohnheimen ist ein vielversprechender Ansatz. Dadurch wird der Austausch zwischen den Generationen gefördert und gleichzeitig Flexibilität im Hinblick auf demografische Veränderungen geschaffen. Auch Gemeinschaftswohnprojekte von Menschen mit und ohne Behinderung, Wohnen von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, von Alleinerziehenden und Familien sollen gefördert werden.

Um bestehende, gut durchmischte und sozial lebendige Quartiersstrukturen zu schützen, muss vermieden werden, dass langjährige Bewohner*innen durch Mieterhöhungen, die deutlich über den Preissteigerungen liegen, verdrängt werden. Wir GRÜNE setzen uns deshalb für sogenannte Milieuschutz-Satzungen ein, die einen wirksamen Schutz der Bewohner*innen bieten können. In den dafür vorgesehenen Gebieten sollen übermäßig teure Modernisierungen und Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen verhindert werden. Zudem wollen wir Menschen unterstützen, die sich wohnlich im selben Stadtteil verändern möchten, weil sie auf Grund veränderter Lebensumstände eine kleinere oder größere Wohnung suchen. Eine städtische Wohnungsbörse kann hierfür ein erster Ansatzpunkt sein.

Zu einem lebendigen Quartier gehören auch Kneipen und zu einer pulsierenden Stadt ein aktives Nachtleben. Gerade bei letzterem hat Bonn Nachholbedarf. Wir wollen die Kneipen und Clubs in der Stadt und werden sie daher bei der Umsetzung neuer Richtlinien aktiv unterstützen. Oft gibt es Lärmproblematiken. Hierbei müssen jeweils individuelle Lösungen gefunden werden. Daher werden wir GRÜNE, um Konflikte zwischen Anwohner*innen und Gas-

tronomen/Clubs zu entschärfen, eine*n Nachtbürgermeister*in nach Vorbildern wie z.B. Mannheim und München, einsetzen. Diese agiert als Ombudsperson und schlichtet zwischen Anwohner*innen und Clubs/Kneipen bei Konflikten.

Noch wird die bevorzugte Vergabe von städtischen Grundstücken und von städtischem Bauland für gemeinschaftliche Wohnformen und Genossenschaften kaum praktiziert. Dabei sind gemeinschaftliche Wohnformen und Wohnungseigentum in Genossenschaftsform ein gutes Mittel, um etwa das generationsübergreifende Zusammenleben oder das Teilen von privat genutzten Gegenständen (wie PKW, Waschmaschinen etc.) zu fördern und damit dem Ressourcenverbrauch entgegenzuwirken. Auch solche Projekte und Initiativen wollen wir, nicht nur im Wohnungsbau, sondern auch im Bereich Co-Working-Spaces unterstützen. So wird nicht nur Fläche effizient genutzt, sondern auch ein größerer Austausch zwischen den Nutzer*innen gefördert.

QUARTIERE ENTWICKELN: BÜRGERBETEILIGUNG STÄRKEN

Lebendige Quartiere schaffen ein lebenswertes Wohnumfeld für ihre Bewohner*innen. Um dieses zu erhalten und zu fördern, ist es wichtig, die Menschen, die in einem Stadtteil oder Quartier wohnen, aktiv und frühzeitig in Planungsprozesse und politische Entscheidungen einzubinden, die ihr Lebensumfeld betreffen.

Eine frühzeitige Bürgerbeteiligung kann dazu beitragen, dass Ziel- und Nutzungskonflikte reduziert oder gar vermieden werden können. Dazu werden wir in einem ersten Schritt offene und konstruktive Formate einsetzen, damit in Nachbarschafts- und Bürger*innen-Werkstätten, Barcamps für Treffen und Tagungen, Stadtteilkonferenzen und Bürger*innen-Versammlungen Bedürfnisse, Wünsche und Ideen vor Ort entwickelt und gesammelt werden können. Auch Leitbildkonferenzen zur Bezirksentwicklung können hier zum Einsatz kommen. Organisatorische Grundlage dafür sind die Vorgaben der „Leitlinien Bürgerbeteiligung Bonn“.

Zudem werden wir das bereits aufgebaute und geförderte Quartiersmanagement erhalten und die Quartiersmanagementansätze weiterentwickeln und finanziell stärken. Darüber hinaus setzen wir uns für eine fortlaufende Evaluierung und Weiterentwicklung der Planungen entsprechend der Bedürfnisse der Bürger*innen vor Ort ein.

STADT DER KURZEN WEGE: WOHNORTNAHE VERSORGUNG

Wir GRÜNE werden die gewachsene Bonner Handelsstruktur in den Stadt-, Stadtbezirks- und Ortsteilen erhalten und stärken, um wohnortnahe Nahversorgung sicherzustellen. Dabei wollen wir Initiativen und Kooperationen – wie z.B. die Solidarische Landwirtschaft oder Bonn im Wandel – die die regionalen nachhaltigen Wirtschaftsakteure zusammenbringen, unterstützen.

BONN GEMEINSAM LEBEN: WOHNUNGSBAU MIT ALLEN FÜR ALLE

Wohnen ist nicht nur eine Frage des Zusammenlebens, sondern auch ein wichtiger Standortfaktor für Unternehmen. Mehr preiswerten Wohnraum in Bonn zu schaffen ist deshalb auch eine Frage für den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Bonn.

Deswegen wollen wir gemeinsam mit Gewerkschaften, Forschungseinrichtungen, Unternehmens- und Behördenvertretungen neue Wege zur Errichtung bezahlbaren Wohnraums für die Beschäftigten gehen. Bezahlbarer Wohnraum unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Mobilitätsbedarfe muss zur Chef*innensache gemacht werden.

Daneben ist es angesichts des demografischen Wandels wichtig, mehr altersgerechten und barrierefreien Wohnraum zu schaffen, damit ältere Menschen so lange wie möglich noch selbstständig wohnen können. Senioren-Wohngemeinschaften und betreutes Wohnen ermöglichen auch pflegebedürftigen Senior*innen, weiterhin in häuslicher Umgebung zu wohnen. Generell brau-

chen wir vielfältige Wohnangebote, um den individuellen Bedürfnissen gerecht zu werden.

Mehr als ein Fünftel der Bevölkerung in Bonn ist von einer Behinderung betroffen. Mehr barrierefreier Wohnraum bedeutet für viele von ihnen mehr Selbstständigkeit. Wir fordern, dass bei Neubauprojekten – wann immer möglich – auf Barrierefreiheit geachtet wird.

4 BONN FÜR ALLE MENSCHEN: GEMEINSCHAFT GESTALTEN

Bonn lebt von seiner Vielfalt. Wir treten ein für eine Stadtgesellschaft in der Rassismus, Diskriminierung und Extremismus keinen Platz haben.

Wer GRÜN wählt, stimmt dafür ...

- Bonn geschlechtergerecht und bunt Bonn zu gestalten.
- Bonn zu einer altersgerechte Stadt zu machen.
- Bonn inklusiv für alle Menschen zu gestalten.
- die Rechte von Menschen mit Behinderung zu stärken.
- Chancengleichheit und Integration in Bonn zu fördern.

GESCHLECHTERGERECHTES BONN

Gleichberechtige Teilhabe von Menschen aller Geschlechter in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ist für uns GRÜNE ein zentraler Wert unseres politischen Handelns. Mehr als die Hälfte der Einwohner*innen Bonns ist weiblich, zudem gibt es in einer Bildungsstadt wie Bonn ein enormes Potenzial an gut ausgebildeten Frauen. Wir wollen, dass sich dies auch in den Gremien und Führungspositionen der Bonner Verwaltung und der Einrichtungen in kommunaler Trägerschaft niederschlägt. Dafür sind wir GRÜNE bereits gesellschaftliche Vorreiterin, indem wir alle Positionen mindestparitätisch, also mindestens zur Hälfte mit Frauen besetzen. Zusätzlich werden wir die Position der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt aufwerten und stärken.

Besondere Bedürfnisse von Migrantinnen und geflüchteten Frauen müssen in allen Lebens- und Politikbereichen berücksichtigt werden.

Selbstbestimmte Lebensgestaltung für alle Geschlechter ist für uns zentraler Bestandteil einer lebenswerten Stadt. Wir fördern deshalb Instrumente, die flexible Arbeitszeiten und -orte ermöglichen, um Familie und Arbeit zu vereinbaren und unterschiedliche Lebensphasen berücksichtigen. Ausreichende und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung ist dafür die Basis. Dies schafft insbesondere für Frauen die Möglichkeit, erwerbstätig zu sein und Bonn nutzt seine Potentiale!

Tagtäglich werden im Bonner Rathaus zahlreiche Entscheidungen getroffen. Da Frauen andere Bedürfnisse an zum Beispiel Mobilität, Sicherheit im öffentlichen Raum oder Öffnungszeiten öffentlicher Einrichtungen haben, prüfen wir alle haushaltsrelevanten Entscheidungen auf die Frage, welche Auswirkungen dies auf Geschlechtergerechtigkeit hat. „Gender Budgeting" ist dabei ein wertvolles Analyseinstrument, das Ungerechtigkeiten transparent macht und Handlungsbedarfe aufzeigt.

Gewalt gegen Mädchen und Frauen gibt es auch in Bonn täglich. Wir wollen Mädchen und Frauen vor Gewalt in jeglicher Form schützen und verstehen dies als kommunale Verpflichtung. Deshalb stärken wir Frauenprojekte, setzen uns für ein weiteres Frauenhaus und eine Stärkung der Frauenberatungsstellen ein. Wir setzen uns dafür ein, dass Bonn Teil der Initiative von UN Women „Safe Cities and Safe Public Spaces" wird. Daneben möchten wir geschützte Räume z.B. in Sportvereinen, in der Jugendarbeit und in der Jugendhilfe anbieten. Sexistischer Werbung im öffentlichen Raum sagen wir den Kampf an.

Klassische Geschlechterrollen müssen durch spezifische pädagogische Angebote so früh wie möglich aufgebrochen werden, da das Geschlechterverständnis schon im Kindesalter geprägt wird. Wir wollen das Berufsspektrum durch geschlechtersensible Berufsberatung von Mädchen und jungen Frauen erweitern und sogenannte Frauenberufe aufwerten, denn diese entscheiden sich noch immer häufig für klassische „Frauenberufe", die in der Regel weniger Gehalt und geringere Aufstiegschancen bieten. Der „Girls Day" und „Boys Day" sind dabei wichtige Initiativen, die wir unterstützen und ausbauen werden.

QUEERES LEBEN IN BONN

Unter einer vielfältigen Gesellschaft verstehen wir GRÜNE auch die Vielfalt der Lebens- und Partnerschaftsformen. Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*Personen und Intersexuelle leben heute so frei wie nie zuvor in der deutschen Geschichte. In breiten Teilen der Bevölkerung herrschen Toleranz und Respekt. Die Einführung der Ehe für alle auf Bundesebene war hierzu ein wichtiger, von uns eingeforderter Schritt.

Dennoch sind auf dem Schulhof, im Fußballstadion und in bestimmten Musikszenen homo- und transfeindliche Parolen Alltag. Arbeitnehmer*innen, die ihre sexuelle Identität offen leben, werden in vielen Bereichen der Wirtschaft- und Arbeitswelt oftmals noch immer benachteiligt, angefeindet oder diskriminiert. Gerade in Schulen ist der Satz „Du schwule Sau“ eine der häufigsten Beleidigungen. Jugendliche brauchen in einer solchen Situation Hilfe.

Daher freuen wir GRÜNE uns, dass das schwul-lesbische Jugendzentrum „GAP“ sich so gut in Bonn etabliert hat. Dieses Zentrum werden wir weiter stärken und die Erweiterung ähnlicher Angebote unterstützen.

Sexuelle Vielfalt ist auch kulturelle Vielfalt. Daher werden wir uns weiterhin für das „Schwul-lesbische Sommerfest“ in Bonn einsetzen. Endlich weht nun durch unseren Einsatz zu diesem Anlass einmal im Jahr die Regenbogenfahne vor dem Alten Rathaus.

Auch Trans- und Intersexuelle werden wir stärker in den Blick des politischen Handelns nehmen. Wir GRÜNE sehen weiterhin einen großen Aufklärungsbedarf, sowohl in der Schule, wo wir das „schwul lesbisch bi trans* Aufklärungsprojekt“ (SchLAu) weiter unterstützen werden, als auch in allen anderen Bereichen des Lebens sowie in der städtischen Verwaltung. Die Sichtbarkeit unterschiedlicher Lebensentwürfe ist entscheidend für die Zukunftsfähigkeit von Stadtgesellschaft und Verwaltung. Wir werden weiterhin in Bonn für eine Kultur der Offenheit gegenüber ethnisch-kulturellen Minderheiten und eine anregende kulturelle Vielfalt in einem toleranten Stadtklima eintreten. Bonn bleibt bunt.

DIE ALTERSGERECHTE STADT BONN: EINE STADT ZUM ALT WERDEN

Wir wollen Bonn zu einer altersgerechten Stadt machen. Die Weltgesundheitsorganisation hat hierfür das Konzept der Age-Friendly-City entwickelt, das Großstädte wie London, Madrid und New York übernommen haben. Auch Bonn soll Mitglied in diesem Netzwerk der Weltgesundheitsorganisation werden.

BONN LEBT INKLUSION

Inklusion bedeutet: Alle Menschen können voll und ganz an der Gesellschaft teilhaben, unabhängig von Alter, sexueller Identität und Orientierung, Herkunft und davon, ob ein Mensch mit einer Einschränkung lebt oder nicht.

Durch jede Art von Ausgrenzung geben wir große Chancen und Möglichkeiten für Einzelne und die Gesellschaft auf. Wie viel reicher könnte unser Leben sein, wenn alle sich einbringen könnten! Für dieses Menschenrecht zur Teilhabe möchten wir in Bonn umfassende Barrierefreiheit gewährleisten.

Menschen mit Beeinträchtigungen begegnen täglich Ausgrenzung durch unterschiedliche bauliche, gestalterische und kommunikative Barrieren. Aber die größte Barriere ist unsichtbar: Sie besteht aus Unsicherheit, Vorurteilen und mangelnder Erfahrung im Umgang mit Menschen mit Behinderung. Von Barrierefreiheit dagegen profitieren alle, denn barrierefreie Wege, Einrichtungen, Verkehrsmittel und Texte sind für alle leichter zu nutzen. Menschen mit Behinderung sollen dort mitreden und mitentscheiden können, wo es um ihre Anliegen geht – in einer inklusiven Gesellschaft ist das überall.

Wir werden weiterhin die Umsetzung des Behindertenpolitischen Teilhabeplans der Bundesstadt Bonn und seine Weiterentwicklung unterstützen und einfordern. Zudem werden wir uns dafür einsetzen, Inklusion und Barrierefreiheit zu einem grundlegenden Handlungsanspruch in allen Politikfeldern zu machen (inclusion mainstreaming). Insbesondere bei der anstehenden

Mobilitätswende wollen wir Barrierefreiheit umfassend berücksichtigen und umsetzen.

Aber Teilhabe ist mehr. Deshalb werden wir touristische, kulturelle und sportliche Angebote so schnell wie möglich für Menschen mit Beeinträchtigungen umfassend nutzbar machen. Damit alle Menschen in Bonn die Möglichkeit haben, Bonn gemeinsam mit anderen zu erleben.

SICHERES BONN

In den vergangenen Jahren ist die Zahl der Straftaten in Bonn deutlich zurückgegangen. Bonn ist eine sichere Stadt! Dennoch fühlen sich viele Menschen unsicher und haben Angst, Opfer eine Straftat zu werden. Wir wollen, dass sich alle Menschen in unserer Stadt zu jeder Tages- und Nachtzeit an allen Orten sicher fühlen. Wir setzen soziale und präventive Maßnahmen um, damit sich Brennpunkte und soziale Angsträume gar nicht erst entwickeln. Gleichzeitig setzen wir auf Maßnahmen, die eine tatsächliche Verbesserung erreichen können, ohne unsere individuelle Freiheit einzuschränken. Wir wollen eine bürgernahe Polizei, die für alle Bonnerinnen und Bonner da ist und eine Stärkung der Präsenz des Ordnungsamtes an relevanten Orten. Flächendeckende und anlasslose Videoüberwachung lehnen wir ab.

INTERNATIONALES BONN: VIELFALT STÄRKEN

In der UN-Stadt Bonn leben und arbeiten Menschen aus rund 180 Nationen. Sie verleihen der deutschen Stadt der Vereinten Nationen das internationale Flair. Bonn ist für Menschen aus anderen Ländern eine attraktive und lebenswerte Stadt – für die Mitarbeitenden internationaler Agenturen genauso wie für Menschen, die in den letzten Jahren vor Krieg und Elend fliehen mussten und in Bonn eine neue Heimat gefunden haben. Dabei gilt: Potentiale, Erfahrungen und Kapazitäten dieser Menschen müssen erfasst, besser genutzt, eingesetzt und gefördert werden.

Wir treten ein für eine Stadtgesellschaft, in der Rassismus, Diskriminierung und Extremismus keinen Platz haben.

Wir GRÜNE setzen uns für eine Willkommenskultur vor Ort ein, die von der gesamten Verwaltung getragen wird. Eine wichtige Rolle spielen dabei das Ausländeramt, das Einwohnermeldeamt und das Sozialamt. Sie unterstützen Neuankommende dabei, sich in der Gemeinde zurecht zu finden. Sie verweisen auf Beratungsstrukturen innerhalb der Verwaltung wie die sozialen Dienste, die kommunalen Integrationszentren oder die Integrationsbeauftragten. Außerdem bewerben sie das Angebot der Institutionen vor Ort (z.B. Deutschkurse, Integrationskurse etc.) und händigen entsprechende Broschüren in den Herkunftssprachen aus.

INTEGRATION IN BONN: KOMMUNALE EINRICHTUNGEN

Die Stadt Bonn hat sehr viele Anstrengungen zur Integration von zugewanderten und geflüchteten Menschen geleistet und das ehrenamtliche Engagement vieler Bonner*innen unterstützt sowie eng mit Initiativen und Organisationen aus der Flüchtlingshilfe zahlreiche Aktivitäten koordiniert und gefördert und dabei viele Erfolge erzielt. Dies ist insbesondere der Stabsstelle Integration der Stadt Bonn, dem ehrenamtlichen Engagement vieler Bürger*innen sowie kommunalen Einrichtungen wie dem Kommunalen Integrationszentrum und der Internationalen Begegnungsstätte zu verdanken. Die Umsetzung des im Mai 2018 beschlossenen Integrationskonzeptes benötigt mehr finanzielle und personelle Ressourcen. Wir GRÜNE wollen deshalb den Ausbau der kommunalen Stellen, die sich mit der Integration von zugewanderten und geflüchteten Menschen befassen, stärker fördern. Dabei wollen wir auch die Bekämpfung von Diskriminierung auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt in den Blick nehmen.

Die Beratungsangebote des Kommunalen Integrationszentrums, Jobcenter (Integration Point) oder auch der Stadtverwaltungen werden vernetzt und ausgebaut. Die Liste der vorhandenen Angebote wird ständig aktualisiert und erweitert.

HILFE FÜR GEFLÜCHTETE: UNTERSTÜTZUNG VON EHRENAMT UND ZIVILGESELLSCHAFT

Ehrenamtlich engagierte Bürger*innen und zivilgesellschaftliche Organisationen haben in den vergangenen Jahren Enormes für die sprachliche, berufliche und soziale Integration von Zuwanderer*innen geleistet. Diese Leistung wollen wir ausdrücklich anerkennen. Wir wollen die Bürger*innen und Organisationen weiterhin tatkräftig durch die Einrichtung einer Koordinierungsstelle unterstützen. Für die Angebote dieser Organisationen (z.B. Sprachkurse, Beratung, Begegnung) sollen im Rahmen des Quartiersmanagement angemessene Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden.

VIELFALT ERLEBEN: AUSTAUSCH UND BEGEGNUNG

Wir wollen die Potenziale und den Reichtum von Vielfalt sichtbar machen. Begegnung schafft Vertrauen. Deshalb unterstützen wir wichtige Ereignisse wie die Buchmesse Migration und das internationale Kultur- und Begegnungsfest der Stadt Bonn, für dessen jährliches Stattfinden wir uns weiter einsetzen. Feste der Begegnung und Kultur soll es auch in einzelnen Ortsteilen geben. Der interreligiöse Dialog ist für uns GRÜNE gerade in Zeiten zunehmender Skepsis gegenüber dem Islam, aber auch in Zeiten von wachsendem Extremismus sehr notwendig.

Dazu gehören auch die Begegnung und der Austausch unter Bonner Bürger*innen über Kultur-, Sport- und Freizeitangebote, insbesondere für Jugendliche. Zugewanderte und geflüchtete Menschen sollen nicht nur Zugang hierzu haben, sondern dabei unterstützt werden, sich aktiv an der Gestaltung solcher Angebote zu beteiligen. Auch das Quartiersmanagement in den einzelnen Stadtteilen leistet dazu einen wichtigen Beitrag. Dieses gesellschaftliche Miteinander wollen wir GRÜNE weiter fördern.

Sprachförderung und Alphabetisierung sind dringend nötig, insbesondere für Kinder und Jugendliche. Die staatlichen Angebote sind dabei aber nicht immer ausreichend, sodass zivilgesellschaftliche Angebote eine wichtige Auf-

gabe übernehmen. Doch gerade Flüchtlingsinitiativen mangelt es an Räumlichkeiten und Ressourcen. Wir GRÜNE wollen deshalb diese Angebote bedarfsorientiert erweitern und unterstützen.

GEFLÜCHTETE KINDER UND JUGENDLICHE UNTERSTÜTZEN

Geflüchtete Kinder und Jugendliche haben die größten Chancen, sich gut in unsere Gesellschaft zu integrieren. Sie sind unsere beste Investition in die Zukunft. Das ist jedoch keine Selbstverständlichkeit. Oft bietet unser Schulsystem trotz großer Anstrengungen der Lehrkräfte nicht die besten Voraussetzungen für Kinder und Jugendliche aus anderen Schulsystemen oder mit einer anderen Muttersprache. Hier wollen wir Schulen und zivilgesellschaftliche Organisationen unterstützen, damit alle Kinder und Jugendliche bedarfsgerecht betreut werden und zusätzliche Unterstützungsangebote, wie Hausaufgabenbetreuung, Nachhilfe und Sprachförderung, in Anspruch nehmen können. Vor besonderen Herausforderungen stehen Kinder und Jugendliche in Flüchtlingsunterkünften sowie unbegleitete Minderjährige. Für sie wollen wir ausreichende Angebote zur schulischen Förderung sowie für ihr psychisches und physisches Wohlergehen bereithalten.

5 BONN SOZIAL: „SOZIAL“ BEDEUTET GESUNDES „MITEINANDER“

Soziale Gerechtigkeit bedeutet für uns: Alle Menschen können an den Möglichkeiten dieser Stadt teilhaben.

Wer GRÜN wählt, stimmt dafür ...

- den Bonn-Ausweis zu erhalten.
- niedrigschwellige Angebot zur finanziellen Absicherung von psychisch erkrankten Menschen zu schaffen.
- Angebote für Suchtkranke zu stärken.
- Wohnungslosigkeit zu verringern.
- die gesundheitlichen Versorgung und Beratung von Geflüchteten und Zugewanderten zu verbessern.

BONN SOZIAL

Wir GRÜNE verstehen Sozialpolitik als Absicherung aller Menschen vor den großen Lebensrisiken und als Ermöglichung eines Zusammenlebens in Würde und gegenseitiger Wertschätzung. Leitgedanke für eine echte GRÜNE Sozialpolitik ist das Miteinander der Menschen. Jeder Mensch leistet einen unverzichtbaren Beitrag für die Gesellschaft. Die Stadtgesellschaft lebt deshalb vom Beitrag und der gegenseitigen Unterstützung aller Menschen, die in ihr leben.

Wir wollen dieses Zusammenleben mitgestalten und die notwendige finanzielle und strukturelle Unterstützung leisten. Bonn ist eine vergleichsweise wohlhabende Stadt. Das heißt aber nicht, dass es keine armen Menschen in

der Stadt gibt und deutliche Gräben zwischen Menschen mit gutem und sehr gutem Einkommen und denen, die mit schlecht bezahlter Arbeit kaum über die Runden kommen und/oder auf Sozialleistungen angewiesen sind. Aus diesem Grund wollen wir weiterhin durch freiwillige Leistungen der Stadt soziale Angebote ermöglichen. Im Besonderen wollen wir den BonnAusweis in vollem Umfang erhalten und die Arbeit freier Träger durch Projektförderung und institutionelle Zuwendungen weiterhin absichern. Niedrigschwellige Angebote für Menschen, die auf der Straße leben und psychisch erkrankte Menschen wollen wir finanziell absichern.

STRASSENSOZIALARBEIT STÄRKEN

Wir wollen uns dafür einsetzen, dass öffentliche Plätze so gestaltet werden, dass alle Menschen sich dort wohlfühlen können. Beispielsweise wollen wir sie mehr begrünen und mehr Sitzgelegenheiten zum kurzfristigen Verweilen sowie öffentliche Toiletten einrichten. Zugleich werden wir die Straßensozialarbeit stärken und Angebote wie Tagescafés oder die Plätze und Öffnungszeiten des Drogenkonsumraumes am Hauptbahnhof ausweiten, um Menschen räumliche Alternativen zur Straße zu bieten und ihnen leichter soziale Unterstützung anbieten zu können.

In diesem Zusammenhang begrüßen und unterstützen wir zudem Programme wie „Housing first", die obdachlosen Menschen kleine Wohnungen anbieten sowie Projekte wie die „Bonner Feger", die niedrigschwellige Arbeitsangebote vorhalten und bei den Teilnehmenden ein Bewusstsein dafür schaffen, dass auch sie für die Aufenthaltsqualität in der Stadt einen wesentlichen Beitrag leisten können.

BONN IN ALLEN LEBENSLAGEN: GESUNDHEIT UND PFLEGE

Wir wollen die Verhältnisse in Bonn so gestalten, dass ein gesundes Leben für alle möglich wird. Dies gilt insbesondere für eine gesunde Umwelt und für gute gesundheitliche Vorsorge. Die medizinischen Angebote in Bonn bringen in einigen Bereichen Über-, aber auch Unterversorgung mit sich. Im Rahmen

der kommunalen Gesundheitskonferenz werden wir uns dafür einsetzen, dass durch ein Monitoring Fehlentwicklungen besser identifiziert und im Dialog mit allen Beteiligten gelöst werden können. Dabei sind ein Austausch mit dem Gesundheitsamt, den Bonner Universitätskliniken, der Kassenärztlichen Vereinigung in Düsseldorf und der Landespolitik unerlässlich. Die Neuordung des ärztlichen Notfalldienstes soll keine Nachteile mit sich bringen, insbesondere nicht für mobilitätsbehinderte Menschen in Not. Die stationäre Krankenhausversorgung soll in der Breite und in der ärztlichen und pflegerischen Qualität erhalten bleiben.

Wir unterstützen alle Maßnahmen, die zur Anwerbung, Ausbildung und Förderung von Pflegekräften und medizinischen Berufen kommunal umsetzbar sind.

Zur Bewältigung der erwarteten Anforderungen erhält das Gesundheitsamt die erforderliche Ausstattung durch Personal und Mittel, z.B., für Schuleingangsuntersuchungen oder die Hilfe für Menschen mit psychischen Problemen oder „Frühe Hilfen" zur Gesundheitsvorsorge und den Gesundheitsschutz von Kindern und Jugendlichen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt stärker am Präventionsetat der Krankenkassen partizipiert.

Wir GRÜNE werden auf kommunaler Ebene u.a. Initiativen für eine stärkere Selbstbestimmung von Frauen bei der Geburt weiterhin unterstützen. Wir werden einen „Runden Tisch Geburtshilfe" einrichten, um (werdende) Eltern, Hebammen, Ärzt*innen, die „Frühen Hilfen", u.a. mit dem Ziel zu vernetzen, die Geburtshilfe in Bonn zu verbessern.

Prävention und Beratung von sexuell übertragbaren Krankheiten ist wichtig, weil solche Erkrankungen trotz Aufklärung und medizinischen Anstrengungen wieder zunehmen. Deshalb messen wir der Prävention große Bedeutung zu und werden die Förderung der Präventions- und Beratungsstellen wie z.B. die Bonner AIDS-Hilfe und die Bonner AIDS-Initiative fortsetzen.

Selbstbestimmung fördern Selbsthilfeorganisationen als wertvolle Formen der Hilfe. Wir werden daher auch weiter Betroffene, die im Rahmen der Selbsthilfe aktiv sind, unterstützen.

Wir werden die Gründung von integrierten Gesundheitszentren politisch unterstützen, um das Zusammenwirken unterschiedlicher medizinischer und präventiver Angebote und der Pflege unter einem Dach zu ermöglichen. Die gesundheitliche Versorgung und Betreuung für Geflüchtete und Zugewanderte sowie Menschen ohne Krankenversicherungsschutz muss durch konkrete (Beratungs-)Angebote verbessert werden. Dabei werden wir mädchen- und frauenspezifische Gesundheitsberatungen fördern. Wir setzen uns daher für die Einrichtung eines Anonymen Krankenscheins in Bonn ein.

Im Rahmen der kommunalen Gesundheitskonferenz werden wir uns dafür einsetzen, dass durch ein Monitoring Fehlentwicklungen besser identifiziert und im Dialog mit allen Beteiligten gelöst werden können. Dabei sind ein Austausch mit dem Gesundheitsamt, den Bonner Universitätskliniken, der Kassenärztlichen Vereinigung in Düsseldorf und der Landespolitik unerlässlich.

FÜR DIE UNTERSTÜTZUNG EINES WÜRDIGEN STERBENS

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Angebote der stationären und ambulanten Palliativ-Versorgung und der Schmerzlinderung für alle zugänglich gemacht werden, und wollen vorbildliche Beispiele in Bonn, wie etwa die Palliativstation am Uniklinikum Bonn oder das Bonner „Lighthouse“, unterstützen.

SUCHT- UND DROGENPRÄVENTION, JUGENDSCHUTZ UND SELBSTBESTIMMUNG

Sucht ist eine behandlungsbedürftige Krankheit. Ziel ist es, Suchtkranken die vorhandenen Behandlungsmaßnahmen so frühzeitig und umfassend wie möglich zur Verfügung zu stellen. Bonn hat für suchtkranke Menschen vielfältige Hilfsangebote, z.B. verschiedene Fachambulanzen, die Abteilung Abhängigkeitserkrankungen und Psychotherapie der LVR Klinik oder Selbsthilfe-

gruppen von Suchtkranken und mit „update“ eine Fachstelle für Suchtprävention, Kinder-, Jugend-, Elternberatung und spezialisierte Einrichtung für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene und ihre Bezugspersonen. Aber Suchtprävention muss ein umfassender Auftrag in der schulischen und universitären Ausbildung sowie am Arbeitsplatz werden und braucht außerdem eine sorgfältige Unterstützung von kommunalpolitischer Ebene.

Wir wollen in Bonn die niedrigschwelligen Hilfen wie die Diamorphinambulanz oder die Anlaufstelle für Opiat(Heroin)konsumierende Menschen mit angeschlossenem Drogenkonsumraum, wo Todesfälle und Infektionserkrankungen verhindert werden ,weiter unterstützen. Wir GRÜNE stehen für eine vernunftgeleitete und humane Drogen- und Suchtpolitik. Auf Bundesebene fordern wir ein klar geregeltes System für den Anbau und die Abgabe von Cannabis (nicht nur für medizinische Zwecke). Der Verkauf von Cannabis soll unter strenger Wahrung des Jugendschutzes in lizensierten Geschäften mit geschultem Personal erfolgen. In Bonn wollen wir alle Möglichkeiten ausschöpfen, ein entsprechendes Modellprojekt mit auf den Weg zu bringen, etwa in Kooperation mit Städten wie Düsseldorf und Münster, die dies auch planen.

6 LERNEN IN BONN: BILDUNG VON ANFANG AN

Kinder sind unsere Zukunft. Bildung und Betreuung in Bonn müssen von Anfang an gesichert und Kinderrechte gestärkt werden.

Wer GRÜN wählt, stimmt dafür ...

- einen „Runden Tisch Kinderarmut“ einzurichten.
- eine digitale Beratung von kinder- und familienbezogenen Leistungen einzuführen.
- Bonn zur „Kinderfreundliche Kommune“ zu machen.
- ausreichend Offene Ganztagsplätze anzubieten.
- Bonner Schulen digital und sozial gerecht zu gestalten.

KINDER IN BONN: ENTWICKLUNGSCHANCEN STÄRKEN

Jedes Kind hat das Recht auf die Entfaltung seiner Talente und Potenziale und auch das Recht auf einen gesunden Start ins Leben.

Dennoch ist Kinderarmut auch in Bonn weit verbreitet und noch immer hängt es entscheidend vom Elternhaus ab, wie sich ein junges Leben entwickeln kann. Das akzeptieren wir nicht und werden uns intensiv dafür einsetzen, dass Familien noch leichter Hilfen und Beratung bekommen, um ihren Kindern bestmögliche Chancen für ihre persönliche Entwicklung zu ermöglichen. Wir werden hierzu eng mit dem „Runden Tisch Kinderarmut“ zusammenarbeiten und dessen Anregungen aufgreifen. Wir werden den BonnAusweis erhalten und den Bezug von Zuwendungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket organisatorisch erleichtern. Zudem werden wir das Modellprojekt Schulfrüh-

stück ausweiten und ein Modellprojekt zur Kindergesundheit starten. Bonn soll – analog zu Bremen – ein Modellprojekt starten, um Eltern eine komplett digitale Beantragung kinder- und familienbezogener Leistungen zu ermöglichen und diese automatisch auszuzahlen, um verdeckte Kinderarmut zu beseitigen.

Es ist unser erklärtes Ziel, dass Eltern in Bonn sich auf einen Platz in der Kita oder Tagespflege in der Offenen Ganztagsschule (OGS) verlassen können. Dafür ist es notwendig, dass wir gutes Personal gewinnen und ausbilden. Denn wenn die Erwerbstätigkeit von Eltern in Konflikt mit den Betreuungsmöglichkeiten ihrer Kinder gerät und Eltern nicht mehr den finanziellen Rahmen für ihre Familie sichern können, geht diese soziale Passungenauigkeit zulasten der Kinder, die auf ein Stück unbeschwerte Kindheit verzichten müssen. Deshalb werden wir weitere Plätze in Kitas, Tagespflege und OGSen schaffen, um alle Bedarfe bedienen zu können.

Eine wichtige Förderung für kleine Kinder ist Bewegungsfreiheit in einem sicheren und anregungsreichen Rahmen. Wir möchten in den Bonner Parks das Erleben von Natur ermöglichen und aus Spielplätzen anregungsreiche Treffpunkte für junge Familien entstehen lassen. Deshalb werden wir die Bonner Spielplätze modernisieren und dabei auch Beschattungen einplanen. Zusätzlich werden wir uns dafür einsetzen, dass Wassererlebnis-Spielplätze eingerichtet und Naturerlebnis-Touren für Familien und Kinder- und Jugendgruppen möglich gemacht werden.

BONN STÄRKT KINDERRECHTE: KINDER EINBINDEN

Die UN-Kinderrechtskonvention sollte in allen Kommunen konsequent umgesetzt werden. Wir machen Bonn als UN-Stadt zur Vorreiterin und möchten erreichen, dass Bonn nicht nur eine engagierte Vertreterin der Kinderrechtskonvention wird, sondern auch die kommunalen Angebote, Planungen und Strukturen an die UN-Kinderrechtskonvention anpasst.

Kinder und Jugendliche müssen die Gewissheit haben, wichtig und gefragt zu sein. Sie sind Expert*innen für ihre eigenen Lebenswelten und Bedürfnisse. Wir möchten ihre Expertise abrufen. Für ihre Entwicklung zum verantwortungsbewussten Erwachsenen ist es wichtig, dass sie die Erfahrung machen, selbstwirksam zu sein.

Wir wollen, dass die Stadt Bonn das Siegel „Kinderfreundliche Kommune" erwirbt und die Stelle der Kinderbeauftragten gestärkt wird. Zudem werden wir uns dafür einsetzen, dass gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen neue Beteiligungsformate entwickelt und bspw. ein Kinderbeirat und ein Kinder- und Jugendparlament mit eigenem Haushalt und Entscheidungskompetenzen einrichtet werden.

BONNER KINDER- UND JUGENDHILFE: KINDER SCHÜTZEN – FAMILIEN UNTERSTÜTZEN

Auch in Bonn leiden Kinder unter Gewalt oder Vernachlässigung in ihren Familien. Viele Eltern brauchen Unterstützung, um ihren Kindern ein gutes Aufwachsen zu ermöglichen. Die frühen Hilfen sind ein wichtiger Baustein, Kinder besser zu schützen und Eltern zu unterstützen. Bonn hat, auch dank der guten Zusammenarbeit mit den freien Trägern der Jugendhilfe, ein gutes und ausdifferenziertes Netzwerk an Beratungsstellen, das wir erhalten und stärken wollen. Wir wollen insbesondere die Netzwerkstrukturen, die Fachkräfte aus Jugendhilfe, Medizin, Jugendamt und dem Familiengericht zusammenbringen, noch besser unterstützen. Das Jugendamt muss für seine sensible Tätigkeit bei der Arbeit mit den Familien, insbesondere im Bereich der Hilfen zur Erziehung und bei Inobhutnahmen, personell besser ausgestattet werden.

STARKE SCHULE FÜR BONN: ZUKUNFT GESTALTEN

Schulpolitik ist Zukunftspolitik. Schulen müssen demokratische, inklusive Orte zum Leben und Lernen sein, an denen die Beteiligung eines Jeden gegeben ist. Wir wollen, dass jedes Schulkind, unabhängig seiner sozialen Her-

kunft, seiner Abstammung oder seines Geschlechts, die gleichen Chancen bei Bildung und Beruf bekommt.

Obwohl Bildungspolitik hauptsächlich Sache der Bundesländer ist, können wir in Bonn auf kommunaler Ebene viele Akzente setzen und durch kommunale Schulpolitik Chancengerechtigkeit im Sinne sozialer Gerechtigkeit herstellen. Unabhängig von der pädagogischen Arbeit vor Ort sind manche Schulen mehr und andere weniger gefragt. Oftmals liegt dies daran, dass der häusliche Hintergrund der Schüler*innen nicht gleichartig ist. Wir wollen diese Trennung oder Spaltung aufheben und diverse, vielfältige und vielseitige Schulen schaffen, um allen gleiche Chancen zu geben. Schüler*innen mit geringeren Sprach- und/oder Deutschkenntnissen müssen wirksam unterstützt werden, damit sie ihr schulisches Potenzial in vollem Maße entfalten können. Wir stehen für eine Schulpolitik, die nicht danach geht, welche Schule die beste Lobby hat, sondern wo die Herausforderungen am größten sind. Schulen mit Schüler*innen mit hohem Förderungsbedarf wollen wir deshalb mehr stärken und zuerst fördern.

Wir werden Schulstandorte mit besonderen Herausforderungen stärker fördern, u.a. durch die Einstellung von mehr Schulsozialarbeiter*innen und Schulpsycholog*innen. Zudem werden wir uns dafür einsetzen, Chancenungleichheit, z.B. durch kleinere Eingangsklassen an Brennpunktschulen, und Kinderarmut mit konkreten Maßnahmen, wie z.B. einem kostenlosen Schulfrühstück, zu bekämpfen. Außerdem werden wir die Kooperation zwischen Musikschulen und Sportvereinen weiter ausbauen.

DEMOKRATISCHE SCHULEN

Wir wollen die Schulgemeinschaft dabei unterstützen, dass Toleranz, Mitbestimmung, Solidarität und das friedliche Zusammenleben den Schulalltag prägen und dass Angriffe auf unsere demokratischen Institutionen abgewehrt werden. Wir wollen unsere pluralistische und demokratische Gesellschaft weiterentwickeln und unsere Schulen Ort gelebter Demokratie fördern.

Eltern leisten einen zentralen Beitrag zum Bildungserfolg ihrer Kinder. Daher setzen wir GRÜNE uns dafür ein, dass Informationen über das deutsche Bildungssystem sowie über Möglichkeiten der Elternmitwirkung an die Eltern vermittelt werden.

Mit uns GRÜNEN werden Schüler*innenparlamente und –vertretungen gestärkt, Weiterqualifizierungsangebote in den Themenfeldern Interkulturelle Kompetenz/Dialog, Konfliktmediation/-prävention für die pädagogischen Fachkräfte zugänglicher gestaltet, sodass sie sich an ihrem Bedarf und Unterrichtsalltag orientieren und ohne zusätzliche Arbeitsbelastung angeboten werden. Außerdem wollen wir Förderangebote für die Schulen entwickeln, die dazu beitragen ein demokratisches Zusammenleben zu gestalten und demokratiefeindlichen Einstellungen wie Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus oder Islamismus vorzubeugen.

SCHULGEBÄUDE WERDEN LEBENSRÄUME

Schulen müssen Orte sein, an denen Partizipation stattfinden kann. Sie müssen Freiraum geben, lichtdurchflutet sein und Freude vermitteln. Wir müssen unsere Schulgebäude aber auch kontinuierlich pflegen, reinigen und schützen. Kleinere Reparaturen müssen direkt behoben werden können, dafür brauchen die Hausmeister*innen einen eigenen Etat, den sie schnell und unbürokratisch ausgeben können. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass Schulen Budgets zur Eigenverwaltung erhalten, um angemessen reagieren zu können.

Schulgebäude sind zu oft heruntergekommen und haben einen hohen Renovierungsbedarf. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass der Sanierungsstau weiter reduziert wird. Wir wollen die Chance der zukünftigen Sanierungen und Erweiterungen nutzen, um unsere Vorstellung von Partizipation umzusetzen. Neubauten an Schulen werden wir an den Wünschen und Bedarfen der Schulgemeinschaft orientieren und die sogenannte Phase Null, also die Konzeptionsphase für die künftige Schulgestaltung, verbindlich machen. Zudem werden wir prüfen, inwieweit Wohnungen auf Schulen gebaut

werden können, und dies entsprechend bei den weiteren Planungen von Neu- und Umbauten berücksichtigen.

Wir wollen grüne Schulhöfe und damit auch ein Stück Natur in die Stadt holen. Deshalb werden wir uns für die Schaffung von ökologisch-naturnahen Schulgeländen mit unversiegelten Freiflächen einsetzen. Solche Schulhöfe können nicht nur anders erlebt werden, sondern schaffen Freiflächen für die Artenvielfalt und lassen Regenwasser vor Ort versickern.

ATTRAKTIVE GANZTAGSPLÄTZE

Wir wollen an allen Schulen OGS (Offene Ganztagsschule) für alle anbieten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Rechtsanspruch auf OGS in Bonn ab 2025 auch faktisch durchgesetzt und gelebt wird. Dafür werden wir durchsetzen, dass die OGS für alle finanzierbar ist. Um die Anzahl der OGS-Plätze zu erhöhen, brauchen wir vor allem eine Neustrukturierung des zur Verfügung stehenden Raums. Wir setzen uns für eine doppelte, multifunktionale Nutzung des Schulraums am Vor- und Nachmittag ein. Deshalb werden wir uns für die notwendige Verzahnung von OGS und Schulbetrieb (Vor- und Nachmittagsbetrieb) einsetzen. Um eine schnellere Umsetzung notwendiger Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen durch das städtische Gebäudemanagement zu erreichen, wollen wir stärker modulartig bauen und auch natürliche Baustoffe wie Holz stärker nutzen. Das bedeutet: Wir planen nicht an jeder Schule eine neue Mensa mit aufwändigen Planungsverfahren, sondern setzen eine Art „Bonner Muster Mensa“ ein. Zudem werden wir das Konzept der „Biostadt Bonn“ weiterentwickeln und den Anteil an Bio-Produkten am Schulessen weiter erhöhen.

Wir GRÜNE werden den OGS-Ausbau fortsetzen und dabei eine Priorisierung der Schulstandorte nach sozialen Aspekten umsetzen, um soziale Benachteiligungen auszugleichen und den Kindern die besten Fördermöglichkeiten zu bieten.

*SCHÜLER*INNEN WERDEN NOCH MOBILER*

Für Schüler*innen muss die Mobilitätswende in Bonn möglich werden. Wir setzen auf Bus und Bahn und wollen eine Schullandschaft, für die kein Auto notwendig ist. Bisher zahlen Schüler*innen, je nach Anzahl der von ihrer Schule bezogenen Tickets, unterschiedlich viel. Dies führt dazu, dass Haupt- und Realschulkinder oft mehr für ihrer Tickets bezahlen als an Gymnasien. Bildungsgerechtigkeit ist auch eine Frage der Mobilität, denn Bildung findet auch außerhalb der Schule statt. Sport, Musik und andere außerschulische Angebote oder Orte für soziales Engagement müssen erreicht werden können. Wer sich das nicht leisten kann, ist davon ausgeschlossen. Das wollen wir ändern. Wir werden uns deshalb für einen einheitlichen Ticketpreis für alle Schüler*innen einsetzen.

Um das Radwegenetz zu verbessern, werden wir zwischen Schulen bessere Radwege bauen und an allen Schulen eine Radinfrastruktur (z.B. Pumpen sowie Fahrradabstellanlagen) schaffen. Diese können am Nachmittag allen Bürger*innen zur Verfügung stehen.

UNSERE SCHULEN WERDEN DIGITALER

Wir GRÜNE wollen Schulen, in denen nicht nur die Tafel durch einen Beamer ersetzt wird, sondern in denen Kinder gut auf das digitale Zeitalter vorbereitet werden. Bis dorthin ist es noch ein langer Weg. Wir werden uns dafür einsetzen, dass alle städtischen Schulen ans Breitbandnetz angeschlossen und strukturiert verkabelt werden. Wir wollen alle Schulen mit digitalen Endgeräten ausstatten. Wir werden prüfen, inwieweit diese Maßnahmen über den Digitalpakt finanziert werden können.

Bei der Ausstattung der Schulen setzen wir vor allem auf eine einheitliche Ausstattung in jedem Klassenzimmer. Zudem bedarf es Weiterbildungen für Lehrpersonen, damit die digitale Schule nicht nur in der Theorie besteht, sondern auch in der Praxis gelebt wird. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Plattformen geschaffen werden, die neue pädagogische Konzepte und Ideen für alle zugänglich machen. Zudem werden wir prüfen, ob „Digitale Haus-

meister*innen“ mit Mitteln des Digitalpaktes eingestellt werden können, damit Lehrer*innen sich auf pädagogische Inhalte konzentrieren können um den Schüler*innen digitale Kompetenzen zu vermitteln.

HOCHSCHULSTANDORT BONN: STUDIERENDENSTADT LEBEN

Als Hochschulstandort sind Forschung und Bildung zentraler Bestandteil des Lebens in Bonn. Sowohl die Stadt Bonn als auch die Universität Bonn profitieren von einer engen Partnerschaft. Wir wollen die Rahmenbedingungen schaffen und verstärken, damit Bonn für Studierende, Lehrende und Forschende attraktiv bleibt.

Um einen guten Transfer zwischen den verschiedenen Fakultäten und Disziplinen zu gewährleisten, müssen die verschiedenen Standorte der Universität schnell erreichbar sein. Hierfür bedarf es eines guten Bus- und Bahnnetzes in der Stadt, um z.B. auch den Campus Poppelsdorf noch besser in das ÖPNV-Netz zu integrieren.

Die Semesterticketgebühren sowie die Sozialbeiträge steigen immer weiter an. Mit mittlerweile über 300 Euro im Jahr macht das Semesterticket mehr als die Hälfte der studentischen Beiträge aus. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Dauerkarten für Verkehrsmittel – und deshalb auch das Semesterticket – für Studierende erschwinglich bleiben und die verschiedenen Interessengruppen (Studierende, Auszubildende, Senior*innen, Inhaber*innen des Bonn-Ausweises, …) nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden.

Bezahlbarer Wohnraum ist auch für Studierende knapp. Viele Studierende kommen mit ihrem BAföG in Bonn deshalb nicht aus. Wir setzen uns auch weiterhin dafür ein, dass bezahlbare Wohnungen in Bonn geschaffen und gebaut werden. Diese müssen zudem alle einen guten Anschluss ans Internet erhalten.

Auch der Bau von Studierendenwohnheimen muss stärker gefördert werden. In enger Abstimmung mit dem Studierendenwerk müssen die Bauprojekte

schneller und unbürokratischer umgesetzt werden. Weiterhin soll die Stadt innovative Wohnprojekte unterstützen, beispielsweise Mehrgenerationenhäuser oder das studentische Projekt „Wohnen für Hilfe“.

Darüber hinaus prüfen wir, welche Möglichkeiten es gibt, Kooperationen zwischen Bonner Schulen und der Universität auszubauen. Hierdurch kann der Übergang von der Schule zur Hochschule besser gestaltet werden.

Wissenschaft und Forschung an der Bonner Universität, den Fachhochschulen und Fraunhofer Instituten in der Umgebung bieten vielfältige Anknüpfungspunkte, um eine ökologische Politik in Bonn und der Welt zu gestalten. Wir streben an, dass die Stadt zusammen mit Wissenschaft und Forschung im Bonner Raum Projekte mit dem Ziel einer klimaneutralen Stadt durchführt.

7 BONN ERLEBEN: SPORT UND KULTUR

Bonn hat viel zu bieten. Das Angebot an Sport und Kultur ist vielfältig und muss erhalten bleiben.

Wer GRÜN wählt, stimmt dafür ...

- ein Bonner Sportportal zu schaffen.
- einen Bäderplan für die nächsten 10 Jahre, der den Erhalt der Freibäder, in Bad Godesberg einen Hallenbadneubau und die Sanierung der anderen Bäder vorsieht aufzustellen.
- die Bonner Kulturlandschaft in ihrer Vielfalt zu erhalten.
- allen Menschen den Zugang zu Kultur zu ermöglichen.
- die Förderungen von kulturellen Projekte einfacher zu gestalten.

SPORTSTADT BONN

Sport hält gesund, hilft Freundschaften zu schließen, stärkt das Selbstbewusstsein, steigert die (Leistungs-)Motivation und hat eine hohe Integrationskraft. Bonn als Standort des Internationalen Paralympischen Komitees (IPC) ist eine Sportstadt mit nationaler und internationaler Ausstrahlung. Die Sportvereine mit ihrem ehrenamtlichen Engagement sind die tragenden Säulen des Sports. Die vom Rat beschlossenen Sportförderrichtlinien bieten die Grundlage für ihre finanzielle Unterstützung. Seit 2019 stellt die Stadt Bonn jährlich 1,6 Mio. Euro zur Verfügung. Künftig wird auch die Eigenleistung der Vereine in den Sportförderrichtlinien berücksichtigt werden. Dies führt zu einer Reduzierung der Verwaltungsarbeit und damit auch zu einer Entlastung des städtischen Haushalts.

Ein immer stärker individualisiertes Bewegungs- und Freizeitverhalten der Bevölkerung befördert jedoch auch die Bedeutung offener, niedrigschwelliger Sport- und Bewegungsräume im öffentlichen Raum. Eine zukunftsfähige Sportpolitik muss der gesellschaftlichen Vielfalt gerecht werden. Teure, genormte Sporthallen sind hierzu nicht immer notwendig. Viele Bonner*innen sind nicht in Vereinen aktiv und treiben selbstorganisiert Sport (Laufstrecken, Yoga, Gymnastik, Fitnesstraining, Tanz, Inliner, Fußball, etc.). Um möglichst vielen Menschen Zugang zu gesundheitsfördernder Bewegung und Begegnungen zu ermöglichen, werden wir uns für einen Masterplan für Sport- und Bewegungsräume im öffentlichen Raum einsetzen. Zudem brauchen wir dezentrale Sport- und Bewegungsflächen für den Freizeitsport. Das Ziel ist eine größere generationenübergreifende Sport- und Bewegungsfläche in jedem Stadtbezirk, für den Stadtbezirk Bonn drei Flächen. Dabei kann auf vorhandene Erfolgskonzepte wie „Sport im Park“ angeknüpft und aufgebaut werden.

Die Berücksichtigung sportlicher Freiräume im Stadtraum stellt auch neue Anforderungen an die Stadtplanung. Innerstädtische oder stadtnahe Räume, die derzeit noch im Bebauungsplan als Sport- oder Freiräume ausgewiesen sind, wollen wir GRÜNE deshalb möglichst erhalten, sichern und wo sportlich und ökologisch vertretbar, in öffentlich-nutzbare Sport- und Bewegungsparks und Treffpunkte für Jugendliche und Erwachsene umwandeln. Neben der Sporttauglichkeit müssen Sportanlagen auch den Anforderungen an Nachhaltigkeit und Inklusion gerecht werden. An der Neu- und Umplanung von Sport- und Bewegungsflächen wollen wir deshalb Bürger*innen vor Ort beteiligen. Für das spontane Mannschaftsspiel (Volleyball, Fußball etc.) werden wir uns dafür einsetzen, dass Freizeitspielfelder, die regelmäßig gepflegt werden, zur Verfügung stehen. Für den Laufsport, Inlineskating und für das Radfahren wollen wir Wegesysteme im Grünbereich ausweisen. Für Sport im öffentlichen Raum wollen wir ein öffentliches, auf die Bedürfnissen der Sportler*innen angepasstes Angebot schaffen.

Über ein im Internet aufgebautes Sportportal wollen wir der Bevölkerung alle Informationen zu Sport- und Bewegungsflächen im öffentlichen Raum umfassend zur Verfügung stellen.

Wir GRÜNE sehen auch, dass sich der Alltag von Kindern und Jugendlichen verändert hat und sie zunehmend in der Ganztagsbetreuung Sport treiben. Diese Veränderungen müssen im Rahmen der Sportentwicklung Berücksichtigung finden.

Das Gutachten zur Sportentwicklung in der Bundesstadt Bonn beschreibt die Wege, die zu einer nachhaltigen Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Schul-, Vereins- und den Breitensport führen. Auf der Basis des Gutachtens müssen ein Sonderprogramm zur Modernisierung der städtischen Sporthallen entwickelt und jährliche Investitionsmittel vorgehalten werden. Wie in dem Gutachten vorgesehen, wollen wir den, ein halbes Jahrhundert alten, Sportpark Nord als die zentrale Bonner Sportanlage wettkampffähig erhalten und zeitgemäß ausgestalten.

Wir verstehen das Bürgergutachten zur Bonner Bäderlandschaft als klaren Arbeitsauftrag, aus dem eine Prioritätenliste hervorgeht. Wir setzen uns dafür ein, dass in einem, auf dem Gutachten aufgebauten, Bäderplan für die nächsten 10 Jahre verbindliche Schritte festgelegt werden, um in Bad Godesberg einen rollstuhlgerechten, barrierefreien Neubau zu ermöglichen und die Sanierung der anderen Bäder unter Berücksichtigung der Barrierefreiheit voranzutreiben. Für den Stadtbezirk Bonn, der so groß ist wie die übrigen drei Stadtbezirke zusammen, ist ein weiterer Hallenbadstandort im Sozialraum Tannenbusch/Dransdorf zu prüfen, der gut an das ÖPNV-Netz angeschlossen ist. Die Freibäder sind ausnahmslos zu erhalten. Für uns GRÜNE sind der Erhalt und die Aufwertung des Frankenbadplatzes und die öffentlichen Nutzung des Frankenbadgebäudes unverzichtbar. Dabei ist auch die Option der Sanierung des Frankenbades weiterhin zu prüfen.

BEETHOVEN-STADT BONN: KUNST UND KULTUR ÜBER BEETHOVEN HINAUS

Kultur hat viele Dimensionen, die den ganzen Menschen umfassen. Kultur öffnet Räume für Denken und Wissen, Sinne, Erfahrungen und Zukunftsvisionen. Kultur steht für jede Form der Entwicklung und ist auf Nachhaltigkeit gerichtet.

Wir GRÜNE setzen uns für eine Kultur der Begegnung ein. Denn in einer Stadtgesellschaft trägt jeder Mensch mit seiner persönlichen Geschichte, seinen erlebten Erfahrungen und seinem Handeln zum sozialen Gesamtgefüge und zur Gestaltung der Stadt bei. Nur ein Zusammenhalt in Vielfalt ermöglicht zukunftsorientiertes Denken und gemeinsames Gestalten einer Kultur der Nachhaltigkeit. Wir wollen eine lebendige Kunst und Kultur, die allen Bürger*innen die Orte schafft und erhält, wo sie frei miteinander kommunizieren und in Aktion treten können, wo sie neue Formen des Erlebens kennenlernen und ausprobieren, ihr Wissen über Gegenwart und Vergangenheit erweitern und sich über ihre Zukunft verständigen können.

Wir setzen uns für die Zugänglichkeit der Kultur ein. Kultur darf nicht auf einen wirtschaftlichen Standortvorteil reduziert werden und sich nur an den gut gebildeten und gut verdienenden Teil der Gesellschaft richten. Wir wollen eine Kultur für alle Bürger*innen der Stadt. Das bedeutet, dass wir die Barrieren für Kultur senken wollen. Das beginnt bei barrierefreien Kultur-Immobilien, einer dezentralen Kulturlandschaft und geht über faire Preise bis zu Kulturangeboten in mehreren Sprachen.

Wir wollen alle städtischen und geförderten Kulturinstitutionen dabei unterstützen sich weiter für Geflüchtete und Zugewanderte zu öffnen, verstärkt mehrsprachige Kulturprojekte anbieten und die Berücksichtigung kultureller Kompetenzen in den besonderen Fokus nehmen. Nur so lässt sich die Vielfalt von Kultur in unserer Stadt leben und erleben.

Wir setzen uns dafür ein, dass Kunst- und Kulturschaffende vernünftige Arbeitsbedingungen und einfachen Zugang zu öffentlicher Förderung und Bürger*innen offenen Zugang zur gesamten Breite kultureller Angebote haben. Wir wollen Kulturangebote stärken, erweitern und erneuern. Wir wollen auch digitale Angebote von Kultur machen. Dazu wollen wir, dass die Stadt Aufführungen von Oper, Theater und Orchester in Virtual-Reality aufnimmt und online zu Verfügung stellt. So können Hemmschwellen zu Kulturangeboten gesenkt werden.

KULTURELLE GRUNDVERSORGUNG

Anbieter von Kultur sind so vielfältig wie die Menschen, für die Kultur angeboten wird und reicht vom Orchester bis zum kleinen Theater der freien Szene. Nur zusammen bilden sie eine kulturelle Grundversorgung, die für jeden etwas bietet. Wir wollen den freien Kulturinstitutionen und städtischen Kulturinstitutionen Planungssicherheit geben. Als UN-Stadt werden wir allen Bürger*innen zudem eine digitale Übersicht über fremdsprachige Kulturangebote ermöglichen, damit die kulturelle Vielfalt in Bonn sichtbar und für alle Menschen zugänglich wird. Auch der bönnsche Karneval gehört als immaterielles Kulturerbe zur Grundversorgung in Bonn, ob als Sitzungskarneval oder auf der Straße. Wir wollen die Karnevalsvereine unterstützen und insbesondere ihre integrative Arbeit in unsere Stadtgesellschaft würdigen.

FREIE SZENE UND SUBKULTUR

Die freie Szene in Bonn ist sehr lebendig und kreativ aufgestellt und leistet einen unverzichtbaren Beitrag zum Kulturleben, durch ihre gute Vernetzung ist sie auch über Bonn hinaus bekannt.

Sparmaßnahmen dürfen nicht länger auf dem Rücken der Freien Kultur ausgetragen werden. Die Projektförderung muss nicht nur erweitert, sondern auch differenzierter gestaltet und die institutionelle Förderung muss insgesamt neu überdacht werden, um größere Planungssicherheit zu schaffen. Insgesamt muss der Zugang zu den städtischen und Landesfördermitteln für die freie Szene einfacher gestaltet und den Bedürfnissen der Antragsteller besser angepasst werden.

Seit einem Jahr haben sich Initiativen aus unterschiedlichsten Bereichen der Stadtgesellschaft in der Alten VHS zusammengefunden und ein beispielhaftes selbstorganisiertes und freies Zentrum in einem städtischen Leerstand eingerichtet. Initiativen mit einem breiten Spektrum aus Kultur, Politik, Soziokultur und der Nachhaltigkeit verpflichteten Kollektiven werden plötzlich in der Stadt sichtbar und zeigen, dass in der Stadt ein außergewöhnliches Potenzial zu finden ist.

Deshalb ist es uns GRÜNEN ein wichtiges Anliegen, den Initiativen nach der Neunutzung der Alten VHS für eine in der Innenstadt dringend benötigte Kita, weiterhin einen innenstädtischen Raum für die selbstverwaltete Subkultur als Freiraum zur Verfügung zu stellen.

Zudem wollen wir die institutionellen Förderungen der freien Szene in Zusammenarbeit mit der Szene überarbeiten, sodass es eine größere Planungssicherheit gibt, und die Zugänge der freien Szene zu städtischen Zuschüssen erleichtern.

MUSIK

Musik hat in der Beethovenstadt Bonn einen besonderen Stellenwert. Das Beethovenorchester geht neue Wege im Programm und der Performance hin zu einer stärkeren Öffnung und Beteiligung des Publikums, oft auch an innovativen Orten.

Wir GRÜNE begrüßen diese Entwicklungen sehr, setzen aber darauf, dass mit der Fertigstellung der Beethovenhalle wieder ein Konzertsaal für das Orchester, das Beethovenfest und andere Veranstaltungen, wie z.B. Rock-Pop- und Jazzkonzerte, für eine größere Anzahl von Besucher*innen zur Verfügung steht.

Auch zahlreiche freie Musikveranstalter bereichern die Musikszene mit Rock- und Popkonzerten in kleinen und großen Formaten an unterschiedlichen Orten, Open-Air, in Clubs und weiteren Veranstaltungsräumen.

Nicht-kommerzielle kleine Veranstalter*innen und Einzelakteur*innen bieten ein Angebot, das von Klangkunst über experimentelle Musik und innovative Aufführungsformate bis zu Nachwuchskünstler*innen-Auftritten reicht. Um sie zu erhalten, wollen wir für Rahmenbedingungen sorgen, die solche Angebote auch in Zukunft weiter ermöglichen.

KULTURELLE BILDUNG UND WEITERBILDUNG IN ALLEN STADTTEILEN

Weiterbildung ist das Zukunftsthema der Digitalisierung. Dies betrifft auch die kulturelle Bildung. Musikschule, Volkshochschule und Bibliotheken sollen daher ausreichend finanziert sein und weitere Schließungen oder Kürzungen von Bibliothekszeiten darf es nicht mehr geben. Auch wollen wir, dass Lehrende an Musikschulen und VHS bessere soziale und finanzielle Bedingungen bekommen.

Die vielen Bildungsangebote an städtischen und freien Institutionen wie den Museen, freien Bildungsträgern und privaten Initiativen müssen erhalten bleiben, weiterentwickelt und gefördert werden, um möglichst viele Menschen an diesen Angeboten teilhaben zu lassen. Wir wollen die Planungssicherheit für Akteure der kulturellen Bildung und Weiterbildung stärken und allen Menschen mit BonnAusweis kostenfreie Seminare an der VHS ermöglichen.

LITERATUR UND SPRACHKULTUR

Lesen schafft neue Horizonte und eröffnet neue Welten. Wir werden die Leseförderung von Kindern und Jugendlichen in den städtischen Bibliotheken, im Literaturhaus und in den Schulen weiterentwickeln und verstärken, um die Lust am Lesen zu fördern. Zudem wollen wir die Bonner Literaturszene stärken.

Literaturschaffenden und Lesenden aus anderen Sprach- und Kulturbereichen werden wir ein offeneres Angebot machen und neue Formate für Erwachsene, Kinder- und Jugendliche entwickeln.

ERINNERUNGSORTE UND MUSEEN

Orte, an denen wir Geschichte erleben oder Kenntnisse über unsere Vergangenheit erwerben können, gehören zur kulturellen Basis für unser soziales und politisches Denken und Handeln in der Gegenwart und für unsere Zukunft. Zu den Geschichtsorten zählen das Stadtarchiv, die Gedenkstätte, das

Stadtmuseum, die Heimatmuseen und die historischen Museen der Universität und das Beethovenhaus. Wir wollen Geschichte lebendig erlebbar gestalten und einen Blick in die Zukunft ermöglichen. Deshalb machen wir uns dafür stark, dass sich die Orte mehr der Stadtgesellschaft öffnen. Das Stadtmuseum soll beispielsweise nicht nur ein Ort der Präsentation der Vergangenheit sein, sondern auch der aktuellen Stadtgesellschaft einen Raum der Begegnung und Auseinandersetzung bieten. Dabei spielt der Aspekt der internationalen Stadt eine wichtige Rolle. Die Verlagerung von Gedenkstätte und Stadtarchiv wie auch die Planungen für ein neues Stadtmuseum stellen eine große Chance dar, mit neuen Erkenntnissen der Geschichts- und Gegenwartsvermittlung einen innovativen Ort zu schaffen, der Jugendlichen und Erwachsenen ein Diskussions- und Lernforum anbietet. Zudem wollen wir die enorme Breite der Museumslandschaft erhalten und die Museen dabei unterstützen, Dialograum für alle Menschen zu sein und ihre Angebote für alle Menschen zugänglich zu machen.

Wir werden uns an den Umgestaltungen und Neukonzeptionen der Erinnerungsorte wie den Planungen für ein Exilmuseum aktiv beteiligen und dafür sorgen, dass die Erinnerungskultur für die Bürger*innen im digitalen Zeitalter einen neuen Stellenwert bekommt.

KULTUR-IMMOBILIEN

Der bauliche Zustand unserer Kultur-Immobilien erfordert in den nächsten Jahren hohe Investitionen für kontinuierliche Instandsetzungsarbeiten. Das erfordert gewaltige Anstrengungen, denen wir uns in einem fairen Diskurs stellen werden. Das betrifft fast alle Gebäude, in denen Kultur stattfindet: Musikschulen, Theater, Veranstaltungsorte, wie z.B. das Brückenforum, die Bad Godesberger Stadthalle, Gedenkstätte und Stadtmuseum. Genauso betroffen sind die Immobilien der freien Kulturstätten, die mit städtischen Mitteln institutionell gefördert werden. Daher wollen wir in der Verwaltung eine Task-Force für Kultur-Immobilien verankern. Ähnlich wie bei den Projektförderungen muss die Organisation der Mittelvergabe effizienter werden in der Zusammenarbeit zwischen städtischem Gebäudemanagement, Kulturamt und den Mieter*innen, bzw. Vermieter*innen der städtisch geförderten Kulturinsti-

tutionen. Nur so können wir nachhaltig die Vielfalt unserer Kultur in der Stadt erhalten.

Wir GRÜNEsetzen uns für rechtzeitiges Handeln und belastbare Vorplanungen für alle Bau- und Instandsetzungen ein. Substanzerhaltung städtischer Gebäude ist nachhaltige Werterhaltung öffentlichen Eigentums. Wie das positive Beispiel der Alten VHS gezeigt hat, sollten Leerstände als Zwischennutzung insbesondere für kulturelle Zwecke genutzt werden. Die Kulturverwaltung muss diesen Weg in Zusammenarbeit mit der Liegenschaftsverwaltung und dem städtischen Gebäudemanagement weiterverfolgen.

8 BONN-BERLIN: DIE BUNDESSTADT WEITER DENKEN

Bonn ist Bundesstadt, Stadt der Vereinten Nationen und internationaler Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort.

Wer GRÜN wählt, stimmt dafür ...

- das Bonn-Berlin Gesetz zukunftssicher zu machen.
- den UN-Standort Bonn zu stärken.
- den internationalen Standort Bonn weiter zu öffnen.
- mehr Fördergelder für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Bonn abzurufen.

BUNDESSTADT BONN

Die Stadt profitiert in vielerlei Hinsicht von ihrer Vergangenheit als Bundeshauptstadt und es ist wichtig, dieses Profil für die Zukunft fortzuschreiben und weiterzuentwickeln. Eine wichtige Grundlage war und ist das Bonn–Berlin-Gesetz, das Bonn als Bundesstadt und Regierungssitz festschreibt. Mittlerweile haben jedoch nur noch rund 30 Prozent der ministeriellen Arbeitsplätze ihren Sitz in Bonn, Tendenz fallend. Deshalb ist es gut, dass die Bundesregierung mit Stadt und Region eine Zusatzvereinbarung zum Bonn–Berlin-Gesetz abschließen will, um Bonn Planungssicherheit zu verschaffen.

Mit dem in den letzten zwei Jahrzehnten entwickelten Schwerpunkten als UN-Stadt, als Standort großer Einrichtungen im Bereich von Wissenschaft und Forschung, der Cyber-Sicherheit, aber auch in der internationalen Zusammenarbeit und im Bereich von Gesundheit und Umwelt, leistet die Bundesstadt einen Mehrwert für die gesamte Republik. Diese Cluster wollen wir ge-

zielt stärken, u.a. durch die Ansiedlung weiterer UN-Organisationen und Bundesbehörden. Bonn muss ein noch attraktiverer Standort für internationale Organisationen werden. Hierfür ist der Ausbau mehrsprachiger Angebote in den Kitas und Schulen notwendig. Die Nähe zu Brüssel und zum Finanzzentrum Frankfurt spricht ebenfalls für eine Stärkung Bonns als Regierungssitz. Klar ist für uns GRÜNE, dass die zu recht kritisierten Flüge zwischen Bonn und Berlin minimiert werden müssen; der Ausbau von technischer Infrastruktur, bspw. für Videokonferenzen, muss daher mit Hochdruck verfolgt werden.

UN-STADT BONN

Bonn ist eine internationale Stadt und ein Zentrum für Wissenschaft und Nachhaltigkeit. Menschen aus ca. 180 Ländern leben bei und mit uns. Bonn ist für diese Menschen eine attraktive und lebenswerte Stadt.

Dies ist nicht nur der Bonner Gastfreundschaft geschuldet. Bonn ist der Sitz vieler internationaler Organisationen in den Bereichen Umwelt & Nachhaltigkeit, Biodiversitätserhalt, Entwicklungszusammenarbeit, Wissenschaft und Sport. Eine starke Universität, Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Bonn und Umgebung bilden zudem einen zentralen Pfeiler der Stadt. Dies macht unsere Stadt für zivilgesellschaftliche und internationale Organisationen sowie für Forschungseinrichtungen attraktiv. Wir GRÜNE wollen diesen für Bonn wichtigen Trend weiter stärken und Bonn als internationales Zentrum für Nachhaltigkeit weiter ausbauen. Auf kommunaler Ebene haben wir bereits eine Nachhaltigkeitsstrategie und konkrete Maßnahmen wie eine nachhaltigere öffentliche Beschaffung auf den Weg gebracht.

Wir wollen den „Internationalen Standort Bonn“ weiter öffnen, sowohl nach innen als auch nach außen. Internationale Konferenzen, wie die Klimakonferenzen, sollen für die Stadtgesellschaft erlebbar sein, z.B. durch städtische Begleitveranstaltungen. Durch die aktive Unterstützung von Organisationen aller Art im Bereich Internationales und Wissenschaft durch die Stadtverwaltung wollen wir die bestehenden Einrichtungen halten und weitere nach Bonn holen. Dazu wollen wir den Standort Bonn durch Büroflächen für diese Organisationen sowie durch Vernetzungsangebote fördern. Dies wollen wir

zudem durch bessere Service- und Beratungsangebote für Nichtregierungsorganisationen in Zusammenarbeit von Stadtverwaltung, Zivilgesellschaft und Wissenschaftseinrichtungen unterstützen.

9 WIRTSCHAFTEN IN BONN: NACHHALTIGKEIT UND WIRTSCHAFT VEREINEN

Wir wollen eine nachhaltige, soziale und starke wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Bonn. Das bedeutet für uns: Den Erhalt und die Schaffung attraktiver Arbeitsplätze und eine Witschaft, die den Haerusforderungen von Klimawandel und Knappheit der Ressourcen gerecht wird.

Wer GRÜN wählt, stimmt dafür ...

- an einem ausgewogenen Mix aus Groß- und Einzelhandel, einem umfangreichen ökologischen und sozialen Handel und attraktiven Ortszentren zur Nahversorgung, sowie einer gesunden Mischung von Dienstleistungen und Verwaltung auf der einen sowie Industrie und produzierendem Gewerbe auf der anderen Seite zu arbeiten.
- klare Anforderungen und Spielregeln für Investitionen und Investoren im Bonner Stadtgebiet aufzustellen .
- attraktive Rahmenbedingungen für Gründer*innen und Ausgründungen zu schaffen.
- die Bonner Handelsstruktur mit ihrem gewachsenen Stadt, Stadtbezirks und Ortsteilzentren zu erhalten und zu stärken.
- Bonn mit seiner wichtigen Rolle in der deutschen und europäischen Geschichte, als wichtigen UN-Standort, Geburtsort Beethovens und Tor zum romantischen Rhein in Szene zu setzen.

VIELFÄLTIG WIRTSCHAFTEN

Wir GRÜNE setzten auf eine vielfältige Wirtschaftsstruktur mit einem ausgewogenen Mix aus Groß- und Einzelhandel, einem umfangreichen ökologischen und sozialen Angebot und attraktiven Ortszentren zur Nahversorgung der Bonner*innen. Wir GRÜNE streben nach einer gesunden Mischung von Dienstleistung und Verwaltung, Industrie und produzierendem Gewerbe und einer ökologisch ausgerichteten Landwirtschaft im Stadtgebiet.

GERECHT WIRTSCHAFTEN

Kommunale Wirtschaftspolitik muss gerecht sein. Wirtschaft ist ein zentraler Baustein für gesellschaftliche Teilhabe. Voraussetzung dafür ist ein ausreichendes Angebot fair bezahlter Arbeitsplätze auch für Menschen mit geringeren beruflichen Qualifikationen. Darüber hinaus, setzten wir Grüne uns auch weiter für das produzierende Gewerbe in der Stadt ein. Immer mit dem Fokus, dass die Geschäftsmodelle nachhaltig für die Stadtgesellschaft sind.

*INVESTOR*INNEN*

Private Investoren spielen gerade in Zeiten der unzureichenden Finanzmittelausstattung der Städte und Gemeinden und dem hohen Schuldenberg von ca. 1,6 Mrd. Euro in Bonn eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der Stadt. Für uns ist aber auch klar: Private Investoren-Projekte dürfen sich nicht nur für den Investor auszahlen. Auch die Bevölkerung muss davon profitieren. Damit sich positive Effekte für Investoren und Bürger*innen gleichermaßen entfalten, werden wir klare Anforderungen und Spielregeln für Investitionen sicherstellen. Folgende Fragen müssen immer Leitfaden einer städtischen Genehmigungen von Projekten großer Investoren sein: Wie weit unterstützt das Investitionsprojekt die politischen Ziele der Stadt? Sind die sozialen, ökologischen und stadtplanerischen Rahmenbedingungen erfüllt? Dafür gehören für uns: Natur- und Landschaftsschutz, Denkmalschutz, Barrierefreiheit, ökologische Ausgleichsmaßnahmen, wirtschaftliche Rahmenbedingungen wie z. B. Grundstückspreise und Finanzierungsbedarf. Ist eine frühzeitige, umfassende Bürgerbeteiligung gesichert? Welche grundsätzli-

chen Anforderungen werden an Investoren gestellt? Dazu gehören für uns: Faire und gesetzeskonforme Arbeitsbedingungen einschließlich Entlohnung im Sinne von Tariflöhnen und fairen Verträgen, soziale und ökologischer Standards bei Zuliefererbetrieben nach ISO, keine unethischen Geschäftpraktiken und finanzielle Stabilität.

So werden wir insgesamt sicherstellen, dass die Belange der Bürger*innen Bonns berücksichtigt sind und dass das Investitionsprojekt den im Vorfeld formulierten Zielen und Kriterien entspricht.

NEU WIRTSCHAFTEN

Für die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft braucht es Menschen mit Ideen und dem Mut, sich selbständig zu machen. Das ermöglicht Innovationen und kreiert neue attraktive Arbeitsplätze. Die Stadt kann hier durch die Koordination der Akteure sowie in der Bündelung der Angebote günstige Rahmenbedingungen. Wir werden weiterhin die Arbeit der unterschiedlichen Gründungsberatungsstellen, wie z. B. die der IHK, der HWK oder auch städtische Ämter sowie die effiziente Vernetzung diese Akteure unterstützen. Wir wollen deshalb das Digital Hub und die Gründung weiterer Shared-Spaces für digitale Unternehmen, Gründer*innen und Freelancer*innen unterstützen und uns im Rahmen der zur Verfügung stehenden Fördermittel und im Dialog mit ansässigen Unternehmen dafür einsetzen, dass Bonn ein flächendeckendes Glasfasernetz mit Gigabit Geschwindigkeit für jeden Haushalt erhält.

KREATIV WIRTSCHAFTEN

Bonn ist eine innovative Stadt mit einem großen kreativen Potenzial. Wir wollen das wirtschaftliche Potenzial von Kreativen mehr fördern und jungen, kreativen Start-Ups Raum geben, um sich zu entfalten. Wir wollen mit einem städtischen Co-Working-Space für 3 Monaten junge Unternehmer*innen Arbeitsraum bieten, ohne dabei gewerblichen Co-Working-Spaces Konkurrenz zu machen. Die große Innovationskraft in Bonn wollen wir durch kleine Mikrokredite an Start-Ups stärken, um das kreative Potenzial in Bonn

noch besser auszuschöpfen. Bei der Nutzung städtischer Co-Working-Spaces, als auch bei den Mikrokrediten wollen wir ermöglichen, dass die Bezahlung auch mit Dienstleistungen für städtische Institutionen, soziale Institutionen oder Kulturbetriebe verrechnet werden kann. Kleine Kulturanbieter brauchen einen niedrigschwelligen Zugang zu Fördermitteln, damit sie einfacher und schneller die Umsetzung ihrer Projekte leisten können. Dafür könnte ein eigener, kleiner Fördertopf eingerichtet werden, der nachhaltige, kreative und soziale Geschäftsideen unterstützt.

ZUKUNFTSFÄHIGE ARBEIT

Die großen Unternehmen mit ihren vielen Arbeitsplätzen sind für die Zukunft Bonns sehr wichtig. Angesichts der hohen Abhängigkeit von einer kleinen Zahl an Unternehmen gehört es zu den wichtigen Aufgaben der städtischen Wirtschaftsförderung, zu einem breiteren Mix von Arbeitsplätzen beizutragen. Dabei kommt dem Erhalt der Arbeitsplätze bei den Bundesministerien und Bundesbehörden eine wichtige Bedeutung zu. Gut ausgebildete Fachkräfte sind die wichtigste Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg. Durch den demografischen Wandel fällt es bereits heute Firmen zunehmend schwer, qualifizierte Mitarbeiter*innen zu finden. Wir wollen die gemeinsame Arbeit von der Stadt Bonn und dem Rhein/Sieg-Kreis sowie den lokalen Hochschulen, beispielsweise bei Projekten wie NextStop:Job weiter ausbauen.

TOURISMUS

Bonn mit seiner wichtigen Rolle in der deutschen und europäischen Geschichte, als wichtiger UN-Standort, Geburtsort Beethovens und Tor zum romantischen Rhein hat viel zu bieten, das zeigen die wachsenden Besucherzahlen der Stadt. Diese Vorteile werden wir noch stärker betonen und wirtschaftlich stärker nutzen.

Touristen aus aller Welt, ob Pauschal- oder Individualreisende, sind wichtige Impulsbringer für die Bonner Wirtschaft. Für sie müssen passgenaue Angebote aus einer Hand zur Verfügung stehen. Der Radtourismus boomt – und

durch die zunehmende Verbreitung von Elektro-Fahrrädern wird sich das noch steigern. Daher werden wir den Fahrradtourismus in Bonn weiter fördern und die Fahrrradinfrastruktur noch intensiver auszubauen.

Daneben wollen wir Bonn attraktiv für Tourist*innen mit Einschränkungen machen, inklusiven Tourismus fördern. In erster Linie müssen wir dafür Barrieren in unserer Infrastrktur und auch in den Köpfen der Menschen abbauen. An zweiter Stelle brauchen wir zentral abrufbare Informationen über die Barrierefreiheit von Sehenswürdigkeiten, Hotels, Restaurants und Kultureinrichtungen, damit Tourist*innen mit Einschränkungen unsere schöne Stadt ohne großen organisatorischen Aufwand erkunden können.

Bonn hat viele Veranstaltungsstätten, zum Beispiel die Beethovenhalle, das Brückenforum, die Oper oder die Bad Godesberger Stadthalle und das WCCB. Um diese zu koordinieren und effizient zu managen, benötigen wir endlich ein Hallenkonzept und eine leistungsfähige Tourismus & Congress GmbH (T&C).

GEMEINSAM WIRTSCHAFTEN

Nur eingebettet in die Region kann Bonn die Herausforderungen der Zukunft sicher und erfolgreich angehen. Daher wollen wir neue von allen Seiten akzeptierte Strukturen aufzubauen, die sich den dringendsten Anforderungen der regionalen Wirtschaftsförderung stellen. Wir drängen daher auf eine Etablierung eines gemeinsamen Standortmarketings und die Vermarktung eines abgestimmten Angebotes für Wohnungs- und Gewerbeflächen. Bonn muss wesentlich mehr Fördergelder abrufen. Wir wollen deshalb eine effektive Struktur zur Einwerbung von EU-/Bundes- sowie NRW-Fördermitteln mit regionalem Zuschnitt, einrichten. Auch die Vermarktung gemeinsamer touristischer und kultureller Potenziale wollen wir vorantreiben und die regionalen Wissenschaftseinrichtungen besser vernetzen. Touristisch muss sich Bonn weiterhin als wichtiger UN-Standort, historischer Standort (Bonner Republik), Geburtsort Beethovens sowie Tor zum romantischen Rhein platzieren. Dazu werden wir die Zusammenarbeit aller touristisch Verantwortlichen (z.B. Bonn Information, T&C, IHK) stärken. Hierzu zählt ebenfalls der Ausbau

des Fahrradtourismuses. Auch als Kongressstandort muss ich Bonn weiter etablieren. Der Erfolg des WCCBs als Veranstaltungsort auch für große Kongresse mit mehreren tausend Teilnehmenden - wie z.B. der Weltklimakonferenz - zeigt, dass Bonn das kann.

DIGITAL WIRTSCHAFTEN

Die Digitalisierung führt zu enormen Veränderungsprozessen in Wirtschaft und Tourismus. Sie ermöglicht eine neue Innovationsdynamik und bietet große Chancen, neue Märkte zu erschließen oder Prozesse effizienter zu gestalten. Verpassen es Bonner Unternehmen, ihren Digitalisierungspfad rechtzeitig zu finden und zu beschreiten, können sie ihre Wettbewerbsfähigkeit schnell einbüßen oder Innovationen verschlafen. Wir werden uns daher dafür einsetzen, die erforderliche digitale Infrastruktur bereitzustellen, damit Bonner Unternehmen ihre digitale Entwicklung vorantreiben und zukunftsweisende neue Unternehmen entstehen bzw. sich in Bonn ansiedeln können. Wir wollen deshalb das Digital Hub und die Gründung weiterer Shared-Spaces für digitale Unternehmen, Gründer*innen und Freelancer*innen unterstützen und uns im Rahmen der zur Verfügung stehenden Fördermittel und im Dialog mit ansässigen Unternehmen dafür einsetzen, dass Bonn ein flächendeckendes Glasfasernetz mit Gigabit Geschwindigkeit für jeden Haushalt erhält.Um den Ideenreichtum in Bonn weiter zu nutzen, werden wir prüfen, ob ein Innovationswettbewerb für Bonner Schulen für digitale Innovation, z.B. Programmierwettbewerb für Schüler*innen sowie ein Bonner Innovationspreis für lokale Innovation und nachhaltige IT-Projekte geschaffen werden können.

10 BONN DER ZUKUNFT: NACHHALTIGE UND DIGITALE STADTVERWALTUNG

Die Entwicklung unserer Stadt hängt maßgeblich von ihrer Verwaltung ab. Sie entscheidet durch ihr Handeln mit, wie weit die Vorstellung der Menschen in unserer Stadt und die politischen Wünsche und Prioritäten umgesetzt werden.

Wer GRÜN wählt, stimmt dafür ...

- eine Stabsstelle für Digitalisierung und Innovationen zu schaffen und damit die Stadtverwaltung durch vernetztes Agieren neu zu organisieren.
- einen freien Zugang zu Informationen bei geplanten öffentlichen Vorhaben zu schaffen.
- Verwaltungsteams divers und heterogen zusammenzusetzen.
- den digitalen Wandel und die damit verbundenen gesellschaftlichen Veränderungen aktiv zu gestalten.
- die Bürgerbeteiligung transparenter gestalten und finanziell zu unterstützen.

BONNS VERWALTUNG

EFFIZIENT - FAIR - VIELFÄLTIG

Der Erfolg von Kommunalpolitik hängt maßgeblich von ihrer Verwaltung ab. Dazu muss sie gut geführt werden und effizient, kompetent, fair und personell vielfältig aufgestellt sein. So kann sie am besten dazu beitragen, die Vorstellungen der Menschen in unserer Stadt, ihre politischen Wünsche und Prioritäten umzusetzen.

Die Verwaltung sorgt für die notwendige städtische Infrastruktur und stellt den Bürger*innen kommunale Dienstleistungen zur Verfügung. Sie prüft die Solidität von Investoren, entscheidet über die Auslegung von Richtlinien und Verordnungen, erstellt Konzepte und sorgt für ihre Umsetzung. Außerdem setzt sie die strategischen Beschlüsse des Rates operativ um.

Wir werden eine nachhaltige, digitalisierte und effiziente Verwaltung organisieren, die Wert darauf legt, die Gelder der Bürger*innen sparsam einzusetzen, fair arbeitet, indem sie ihre ökologische Verantwortung wahrnimmt und mit Blick auf das Personal genauso bunt zusammengesetzt ist, wie die Stadt selbst.

Das Ziel ist eine Verwaltung, die ihr Handeln nachvollziehbar macht, indem sie die Bürger*innen gut informiert und sie zur Beteiligung einlädt.

REGIONAL VERWALTEN

Aufgrund der besonderen Lage der Stadt Bonn, mitten im Rhein-Sieg-Kreis, lassen sich die wesentlichen Herausforderungen nur regional lösen. Das gilt etwa für das Thema Mobilität genauso wie für Themen wie Wohnen, Gewerbeflächen, aber auch für die nachhaltige Versorgung mit Energie und Wasser oder Kultur. Daher werden wir regionale Konzepte erarbeiten und einen engen Austausch zwischen Stadt- und Kreisverwaltung bei deren Entwicklung und Umsetzung sicherstellen. So macht etwa ein 365-Euro-Ticket wenig Sinn, wenn es sich nur auf die Stadt bezieht, aber den Kreis außen vorlässt. Für die Menschen, die in ihrem täglichen Leben die Grenzen ständig überschreiten, ist es unverständlich, wenn die Regeln sich an der Stadtgrenze ändern. Unser Verwaltungshandeln wird das überwinden.

STÄDTISCHE UNTERNEHMEN VERNETZT DENKEN

Wichtige Teile der ursprünglichen Stadtverwaltung sind aus unterschiedlichen Gründen in verschiedenen Organisationsformen ausgegliedert. Das gilt etwa für die Versorgung mit Strom und Wasser, für das Angebot mit Bus und Bahn, der Abfall- und Reinigungsdienste oder des sozialen Wohnungsbaus.

Sie alle gehören aber nach wie vor zum „Konzern Stadt“ und es ist ausgesprochen wichtig, dass sich die einzelnen Geschäftsstrategien an den Interessen der Stadt und ihrer Bürger*innen orientieren und gemeinsam vernetzt und nicht gegeneinander agieren.

Wir werden eine gemeinsame Strategie des „Konzern Stadt“ weiterentwickeln, eine strategische Beteiligungsverwaltung profilieren und eine kluge Vernetzung des Verwaltungsvorstandes mit den jeweiligen Vorständen der Beteiligungsunternehmen sicherstellen.

STADTVERWALTUNG AN NEUE HERAUSFORDERUNGEN ORGANISATORISCH ANPASSEN

Die Stadtverwaltung ist vielfach in ihrer Struktur noch nicht auf die aktuellen Herausforderungen eingestellt.

So wird etwa die Bewältigung zentraler Themen wie Mobilität, Klimaschutz, Digitaler Wandel oder Kinderarmut von den bestehenden traditionellen Strukturen z.T. behindert und zu wenig unterstützt.

In der bisherigen Dezernats- und Ämterstruktur werden diese Themen zu wenig vernetzt und gemeinsam organisiert. Es gibt viele beteiligte Ämter, aber keine Gesamtstrategie und zu wenig interdisziplinäres Denken und Arbeiten.

Wir werden Amts- und Dezernatsgrenzen durchlässiger und steile Hierarchien flacher machen. Dazu braucht es eine kulturelle Veränderung innerhalb der gesamten Verwaltung, die wir von ihrer Spitze her vorantreiben und vorleben werden.

STADT TRANSPARENT

Damit die Stadtverwaltung erfolgreich arbeiten kann, ist die Transparenz ihres Handelns und die Teilhabe der Bürger*innen unabdingbar.

Dazu gehört der freie Zugang zu Informationen, beispielsweise zu geplanten öffentlichen Vorhaben oder über das Angebot öffentlicher Dienstleistungen. Dabei müssen wir vielleicht gar nicht bei Null anfangen, sondern können uns ggf. am Hamburger Transparenzportal orientieren.

Um einen leichten Zugang zu städtischen Leistungen für alle zu ermöglichen, werden wir GRÜNE einfache und verständliche Formulare und Informationen einführen. Wir werden für die Übersetzung bestehender Drucksachen und Formulare in sogenannte „leichte Sprache" sorgen, die nicht nur Menschen mit Lernbehinderung, sondern auch Menschen mit geringen Lese- oder Sprachkenntnissen eine wesentlich bessere Verständlichkeit ermöglicht.

Zudem werden wir die Informationen – der Internationalität der Stadt entsprechend – nicht nur in deutscher Sprache, sondern auch in anderen häufig genutzten Sprachen vorlegen.

Zu einem offenen Zugang zur Verwaltung gehört für uns eine angemessene Präsenz der Verwaltung im Internet und in sozialen Netzwerken unter Beachtung der relevanten Datenschutzanforderungen.

FAIRE VERWALTUNG

Wir setzen uns für eine faire Verwaltung ein. Dabei gilt es, Fairness nicht nur nach innen zu realisieren, wenn es um die Arbeitsbedingungen in der Verwaltung geht, um faire Bezahlung, gleichen Lohn für gleiche Arbeit oder den gleichen Anteil von Frauen in Führungspositionen.

Fairness betrifft auch das Handeln der Verwaltung, insbesondere, wenn es um die Beschaffung von Waren und Dienstleistungen für die Verwaltung, städtische Einrichtungen sowie kommunale Betriebe geht.

Auf GRÜNE Initiative berücksichtigt die Stadt bereits sehr viele Kriterien zur ökologischen und sozialen Beschaffung in ihren Vergaberichtlinien. Ob zum Beispiel PVC-Verbot, keine Hölzer aus Regenwald oder keine Beschaffung aus ausbeuterischer Kinderarbeit – diese GRÜNEN Initiativen haben dazu ge-

führt, dass der Stadt Bonn der „Vergabepreis NRW – Wegweiser für sozial gerechte Beschaffung“ vom „Eine Welt Netz NRW“ und „Bündnis für öko-soziale Beschaffung“ verliehen wurde.

Aber das bedeutet nicht, dass wir am Ziel angekommen sind. Wir werden uns weiterhin dafür stark machen, dass bei Beschaffungen der Stadt Bonn alle sozialen und ökologischen Kriterien, die mit dem Vergaberecht vereinbar sind, ständig weiterentwickelt werden.

Das beinhaltet beispielsweise auch die verstärkte Beschaffung regionaler und ökologischer Produkte in städtischen Einrichtungen.

Zu einer fairen Beschaffungspolitik gehört für uns, vergleichbare Konditionen wie andere Großabnehmer*innen zu erzielen. Wir werden daher ausdrücklich die Zusammenarbeit mit anderen Kommunen im Einkauf ausbauen, um unsere Position als Kundin zu stärken und durch die erzielten Einkaufsvorteile sparsamer mit dem Geld der Bürger*innen unserer Stadt umgehen.

Das erfolgreiche Engagement von Politik und Verwaltung werden wir fortsetzen und durch weitere Pilotprojekte vorantreiben. So setzen wir uns z.B. für einen nachhaltigeren Einkauf von IT oder Reinigungsmitteln und für die stärkere Einbindung von sozialen und ökologischen Kriterien bei den täglichen Vergaben ein. Hierfür braucht es selbstverständlich auch eine gute Ausstattung des Amtes für Vergabedienste, das maßgeblich dazu beiträgt, die Beschaffung effizient und nachhaltig zu gestalten. Dafür werden wir den Mitarbeiter*innen der Verwaltung auch regelmäßige Fortbildungen ermöglichen, um so einen effizienten, strategischen und nachhaltigen öffentlichen Einkauf zu gestalten. Die positiven Bonner Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass wirtschaftliches Handeln und Nachhaltigkeit kein Widerspruch sein müssen.

VIELFALT IN DER VERWALTUNG

Wir sind fest davon überzeugt, dass sich eine Verwaltung, die personell die Vielfalt unserer Stadt widerspiegelt, letztendlich für alle auszahlt.

Diverse und heterogen zusammengesetzte Teams sind kreativer, innovativer und erfolgreicher, weil sie die Fähigkeit besitzen, Dinge aus verschiedenen Blickwinkeln zu beleuchten und so zu besseren Lösungen zu gelangen.

Dazu bedarf es der Förderung der Geschlechtergerechtigkeit und der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen, insbesondere eine Frauenquote von 50% in Führungspositionen in der Verwaltung, in städtischen Einrichtungen sowie in den kommunalen Aufsichtsräten.

Wir werden die Unterstützung der Familien weiterentwickeln, um Beruf und Karriere sowie Familie besser miteinander vereinbaren zu können.

Dazu werden wir neben dem weiteren Ausbau der Kinderbetreuung insbesondere auch Teilzeitarbeit bis in Führungspositionen fördern sowie die Möglichkeiten für Telearbeit ausbauen.

Genauso werden wir den Ausbau des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund, insbesondere in Führungspositionen, gezielt fördern.

Die Förderung und verstärkte Einstellung von Menschen mit Behinderungen in der Stadtverwaltung und den städtischen Betrieben werden wir ebenfalls zum Prinzip der Personalentwicklung machen, um damit eine dauerhafte Quote von 8% bei den Mitarbeiter*innen mit Behinderung zu erreichen.

Im Rahmen einer nachhaltigen städtischen Personalpolitik lehnen wir die Verschiebung von Personallasten in die Zukunft ab. Aus diesem Grund werden wir die Verbeamtungen auf die Stellen beschränken, wo dies zwingend erforderlich ist. Genauso lehnen wir aber die Logik des „Hire and Fire“ entschieden ab. Deshalb sind wir gegen den Einsatz von Leiharbeiter*innen in städtischen Bereichen und beschränken die Befristung von Arbeitsverhältnissen so weit wie möglich.

Zudem werden wir Schritt für Schritt moderne, angemessene Arbeitswelten etablieren, in denen sich Verwaltungsmitarbeiter*innen wohl fühlen und gerne ihrer Arbeit nachgehen.

ZEIT IN BONN

Zeit ist für viele Menschen ein besonders kostbares, knappes Gut. Wir werden ein kommunales Zeitbüro nach italienischem Vorbild bei der Oberbürgermeisterin einrichten, das daran arbeitet, die Stadt zu entschleunigen und strukturelle zeitliche Engpässe besser zu koordinieren. So können zum Beispiel die Fahrpläne des ÖPNV und die Öffnungszeiten von Ämtern, Arztpraxen oder der Stadtbüchereien besser mit den Bedürfnissen der Bonner*innen in Einklang gebracht werden. Ebenso kann über besseres Verkehrsmanagement beispielsweise die Rush Hour entzerrt werden. Dabei binden wir die Taktgeber unserer Stadtgesellschaft, von den Unternehmen, den Stadtwerken über die Bildungseinrichtungen bis zu den Pflegediensten ein, vernetzen sie und treffen Vereinbarungen, um den Alltag zu entzerren und die Lebensqualität für alle Bonner*innen zu steigern.

HELFENDES BONN

Feuerwehren und Hilfsorganisationen leisten mit ihren haupt- und ehrenamtlichen Strukturen einen wichtigen Beitrag für unsere Sicherheit und das Gemeinwohl in Bonn. Steigende Einsatzzahlen durch z.B. zunehmende Hitzewellen und Starkregenereignisse führen zu wachsenden Belastungen der Einsatzkräfte. Eine daran ausgerichtete gute materielle und personelle Ausstattung ist für uns klares Ziel. Wir wollen eine bessere Wertschätzung des Engagements der Einsatzkräfte der freiwilligen Helfer*innen zum Beispiel durch Vergünstigungen für öffentliche Einrichtungen.

BÜRGERBETEILIGUNG STÄRKEN

Bonn hat u.a. mit der Verabschiedung der Leitlinien zur Bürgerbeteiligung, der Etablierung eines Beirates Bürgerbeteiligung und der Realisierung der modularen Beteiligungsplattform „Bonn macht mit“ eine stabile Basis für eine erfolgreiche Partizipation der Menschen geschaffen. Dazu kommt ein Ausschuss für Bürgerbeteiligung, der in seiner besonderen Zuständigkeit und Befugnis die Grundlage für diese Entwicklung darstellt. Bonn besitzt mit den Leitlinien zur Bürgerbeteiligung, der Etablierung eines Beirates Bürgerbetei-

ligung und der Beteiligungsplattform „Bonn macht mit“ ein breites Instrumentarium für eine umfassende Teilhabe, zusätzlich zu den gesetzlichen Vorgaben für Bürger*innen-Anträge, -begehren und -entscheide.

Die vielen stadtweiten Diskussionen, Bürger*innen-Anträge, -begehren und -entscheide um Schwimmbäder, Sportplätze und -hallen, Bauvorhaben, Verkehrsführung und Orts- und Stadtteilentwicklungen zeigen, dass die Menschen mitdiskutieren und mitentscheiden wollen.

Zielorientierte Beteiligung beginnt jedoch schon mit der Ideenfindung und frühzeitiger Information und Transparenz. Mit der Vorhabenliste der Stadt Bonn ist ein erster Schritt getan. Allerdings werden einzelne Vorhaben auf Grund von Personalmangel zu schleppend veröffentlicht. Zudem ist die Vorhabenliste noch zu wenigen Mitbürger*innen bekannt. Wir werden daher dafür sorgen, dass alle Vorhaben der Stadt Bonn der Bevölkerung besser bekannt gemacht werden. Die für die Umsetzung notwendige personelle Ausstattung und Organisation in der Verwaltung muss aus unserer Sicht deutlich verstärkt werden. Damit Bürger*innenbeteiligung als Querschnittsaufgabe innerhalb der Verwaltung angemessen ausgestattet wird, wollen wir die Koordinierungsstelle Bürger*innenbeteiligung, inkl. Bürger*innenbüro und Ombudsstelle zu einer Stabsstelle, die direkt dem OB unterstellt ist umwandeln.

Um Menschen, die sich bisher nicht einbringen könnten mit einzubeziehen, wollen wir ehrenamtliche Beteiligungshelfer*innen etablieren, die in den einzelnen Stadtteilen diese Bürger*innen unterstützen und ihnen eine Möglichkeit geben, sich einzubringen.

Der Ausschuss stellt mit seiner besonderen Kompetenz, dem alleinigen Entscheidungsrecht für die Festlegung der Beteiligungsform, ein Unikat in NRW dar. Wir werden darüber hinaus dem Ausschuss die Möglichkeit geben, Antragssteller*innen von Bürger*innen-Anträgen, die aufgrund ihrer Fachlichkeit in einen Fachausschuss zur weiteren Beratung verwiesen werden, ein weiteres, einmaliges Rederecht einzuräumen. Die aktuell dem Ausschuss angliederte Thematik „Lokale Agenda“ wollen wir einem neuen Ausschuss für Umwelt und Lokale Agenda angliedern.

Als ein zentraler Ort der Bürger*innenbeteiligung tragen die Bezirksvertretungen einen großen Teil der formellen Beteiligung in Form zahlreicher Bürger*innen-Anträge. Die in der vorletzten Ratsperiode eingeführte Verantwortung hat aufgrund der großen Nähe der Bezirksvertretungen zu den Inhalten der Anträge zu einer deutlichen Zunahme der Anträge geführt. Die Anträge stellen heute schon einen wichtigen Teil der Arbeit der Bezirksvertretung dar.

Wir werden diese Entwicklung im Rahmen einer umfassenderen Analyse evaluieren und sich daraus ergebende Vorschläge bis hin zu Kompetenzerweiterungen beim Entscheid der Anträge umsetzen.

HAUSHALT UND FINANZEN

Die Haushalts- und Finanzpolitik der Bundesstadt Bonn ist kein Selbstzweck, sondern dient dazu, die finanziellen Mittel für eine lebenswerte, sozial-, klima- und umweltgerechte Stadt bereitzustellen. Wir sind bereit, die lokale Verantwortung für einen soliden, nachhaltigen und klimagerechten Haushalt zu übernehmen.

Eines der vorrangigen Ziele einer nachhaltigen Haushaltspolitik, die sich an den Bedürfnissen nachfolgender Generationen ausrichtet, ist für uns die finanzielle Eigenständigkeit der Stadt. Ohne Haushaltshoheit wird über die notwendigen Investitionen an anderer Stelle entschieden: bei der Bezirksregierung in Köln oder der Landesregierung in Düsseldorf. Deshalb wird auch in der kommenden Wahlperiode eines unserer wichtigsten Ziele sein, einen „Nothaushalt“ zu vermeiden. Nur so sind Spielräume für weiterhin eigenständige politische Entscheidungen in unserer Stadt vorhanden.

Damit die Haushalts- und Finanzpolitik in Bonn nicht beliebig ist, sollte sie an einem haushaltspolitischen Leitbild orientiert sein. Der Rat hat im Juli 2018 mit großer Mehrheit ein solches haushaltspolitische Leitbild beschlossen, das eine geeignete Richtschnur für GRÜNE Haushaltspolitik in der nächsten Wahlperiode darstellt. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dieses Leitbild konsequent umzusetzen, und kontrollieren, ob die im Leitbild gewünschten Wirkungen auch erreicht werden. Dazu dient der „Wirkungsorien-

tierte Haushalt", der ab dem Haushalt 2021 flächendeckend Grundlage für die haushaltspolitischen Beratungen werden soll.

Bei den städtischen Beteiligungen und Gesellschaften soll grundsätzlich ein Überschuss erzielt werden, der im Sinne einer angemessenen Verzinsung des Eigenkapitals im Regelfall an den städtischen Haushalt überwiesen wird. Es ist jedoch immer eine Prüfung im Einzelfall notwendig, ob der Überschuss nicht auch von der Beteiligung selbst für gesamtstädtische Ziele verwandt werden kann, wie zum Beispiel bei der VEBOWAG für mehr dringend benötigten sozialen Wohnungsbau.

Rücklagen der Stadt müssen weiterhin nach ethischen und nachhaltigen Kriterien angelegt sein.

Unverzichtbar bleibt für uns GRÜNE, die Bürger*innen intensiv in die Beratungen zum Haushalt einzubeziehen.

Vor Ort können die finanziellen Probleme jedoch nur zum Teil gelöst werden: Ebenso müssen Bund und Land endlich ihre Verantwortung für gesunde kommunale Finanzen wahrnehmen und die Kreise, Städte und Gemeinden finanziell so ausstatten, dass sie ihren Aufgaben gerecht werden können. Bisher passiert es zu häufig, dass ein Bundes- oder Landesgesetz Kommunen Pflichten und somit Kosten auferlegt, diese Kosten aber vom Gesetzgeber nicht erstattet werden. Die strukturelle finanzielle Benachteiligung von Kreisen, Städten und Gemeinden muss auf Bundes- und Landesebene überwunden werden.

DIGITALISIERUNG

Der digitale Wandel ist eine der weitreichendsten gesellschaftlichen Umwälzungen unserer Zeit. Dieser Wandel erreicht bereits heute alle Lebensbereiche in unserem Alltag und erweitert unsere Umwelt um die digitale Sphäre. Wir wollen diesen Wandel aktiv gestalten und sehen den Schutz unserer digitalen Persönlichkeit dabei als Grundbedingung des Wandels.

Die Digitalisierung hat das Potenzial, Hürden abzubauen, Menschen die Teilhabe zu ermöglichen und uns im Kampf gegen die Klimakrise zu unterstützen. Sie ist jedoch auch energie- und ressourcenaufwändig und muss mit Bedacht eingesetzt werden. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass die Digitalisierung, auch in Bonn, nicht zum Selbstzweck wird. Wir werden Digitalisierung dort einsetzen, wo sie ein Instrument für Barrierefreiheit und Partizipation ist und Hürden abgebaut werden können. Gleichzeitig werden wir darauf achten, dass wir sorgsam mit unseren Ressourcen umgehen und auch bei der Digitalisierung Nachhaltigkeit im Mittelpunkt steht.

STABSSTELLE FÜR DIGITALISIERUNG UND INNOVATION

Digitalisierung ist ein Querschnittthema von zentraler Bedeutung für Stadtgesellschaft und Verwaltung, weil hier derzeit rasante Entwicklungen stattfinden. Wir wollen diesen Entwicklungen nicht hinterherlaufen – wir wollen sie gestalten! Wir GRÜNE wollen eine Stabsstelle Digitalisierung, die die Dezernate bei der Gestaltung der Digitalisierung unterstützt und vernetzt.

Die Stabsstelle soll Motor für die Digitalisierung und Modernisierung der Verwaltung sein. Sie stellt sicher, dass die Anforderungen der Bürger*innen zeitnah, zuverlässig, effizient, transparent und auf verständliche Art und Weise mithilfe digitaler Methoden erfüllt werden. Digitalisierung muss „Chef*innensache“ werden und gebündelt werden, in einer eigenständigen Organisationseinheit mit kompetenter Leitung, um die notwendigen Veränderungen sicherzustellen.

SELBSTBESTIMMTE VERWALTUNG

Wir begrüßen, dass immer mehr Bürgerdienste auch digital zur Verfügung gestellt werden. Das darf aber nicht dazu führen, dass neue Abhängigkeiten entstehen. Wir GRÜNE setzen uns deshalb dafür ein, dass mit Diensten von Google und Amazon kritisch umgegangen wird: Eine selbstbestimmte Verwaltung soll mit eigenen Mitteln ihre Aufgaben erledigen können. Auch legt die Datenschutzgrundverordnung wichtige und hohe Standards für den Datenschutz fest. Die Abhängigkeit von großen außer-europäischen Firmen gefähr-

det die informationelle Selbstbestimmung der Bonner Bürger*Innen. Wir GRÜNE setzen uns deshalb dafür ein, dass bei jeder Softwareanschaffung der Verwaltung geprüft wird, ob freie Software bezogen werden kann und suchen dafür den Austausch mit der in Bonn sehr starken Freien-Software-Szene.

VERNETZUNG VON VERWALTUNG UND GESELLSCHAFT

Während die Gesellschaft schon zu einem großen Teil über verschlüsselte Messenger kommuniziert, basiert die Kommunikation der Verwaltung noch auf unverschlüsselten E-Mails. Zum Schutz von sensiblen Daten werden wir GRÜNE einen großen Schritt in Richtung Datenschutz machen, indem die Verwaltung ihre Kommunikation auf eigene Chat-Server verlagert. Diese sollen auf Freier Software basieren und ein modernes, sicheres Protokoll, wie z.B. Matrix, benutzen. Dadurch kann langfristig nicht nur die Verwaltung intern sicher kommunizieren, sondern auch der Datenschutz im Kontakt mit den Bürger*innen sichergestellt werden.

Open Government, die Öffnung von Regierung und Verwaltung gegenüber der Bevölkerung und der Wirtschaft, erhöht die Transparenz und verstärkt die Möglichkeiten der Partizipation. Dies führt zu mehr Legitimation der kommunal-politischen Entscheidungen. Deshalb werden wir Dienste, wie das Ratsinformationssystem, aber auch relevante Daten, auf offenen Standards anbieten. Wir setzen uns dafür ein, dass die Datenhoheit und Infrastruktur weiterhin in den Händen der Stadt liegen.

In Bonn existieren verschiedene Organisationen und Gruppen mit Kompetenzen auf ihren jeweiligen Gebieten. Zum Beispiel im Bereich der Freien Software, Open Data und Civic Technology kann die Verwaltung von Ressourcen und Wissen von zivil-gesellschaftlichen Akteuren profitieren. Durch eine stärkere Vernetzung und mehr Kooperationen wollen wir gemeinsam Ideen für eine digitalere Verwaltung entwickeln.

SCHNELL UND LEICHT ZU DEN BÜRGERÄMTERN

Für die Erledigung vieler Angelegenheiten (z.B. Lebens-, Melde- oder Aufenthaltsbescheinigung, dem Beantragen eines polizeilichen Führungszeugnisses, Reisepasses oder Personalausweises oder eines Schwerbehindertenausweises) wird heute noch ein Termin benötigt, auf den die Bürger*innen oftmals zu lange warten müssen. Wir möchten die Terminvergabe entscheidend beschleunigen und erleichtern. Die Dienstleistungen der Stadt sollen durch die Digitalisierung viel leichter und schneller für alle Bürger*innen zugänglich sein. Nach dem Onlinezugangsgesetz (OZG) ist die Verwaltung verpflichtet, alle Verwaltungsleistungen bis Ende 2022 online anzubieten.

Wir wollen Verwaltungsprozesse nicht nur an der „Oberfläche", also z.B. in Formularen, digitalisieren. Stattdessen müssen sie im Rahmen der geltenden Gesetze und Verordnungen neu gedacht werden. So werden Verwaltungsangestellte entlastet und Ihnen, den Bürger*innen wird ein wirklicher Mehrwert geboten. Damit soll verhindert werden, dass ein Formular beispielsweise online ausgefüllt, dann zur weiteren Bearbeitung ausgedruckt wird.

Wir GRÜNE sind überzeugt, dass dies ein zentraler Baustein hin zu einer barrierefreien Stadt für alle Menschen in Bonn ist. Zu wirklich barrierefreien Angeboten gehören für uns aber auch bei Bedarf Ansprechpersonen in einem Bürgeramt in der Nähe. Die Möglichkeiten der Digitalisierung ergänzen die Angebote in den Bürgerämtern in den Stadtbezirken, ersetzen diese aber nicht. Als Stadt der kurzen Wege sind uns Bürgernähe und eine kompetente Beratung vor Ort wichtig. Deshalb stärken wir die Bürgerämter in den Stadtbezirken, damit die Bürger*innen ihre Angelegenheit in den Bezirken erledigen können. Wir unterstützen die Verwaltung im Rahmen der Möglichkeiten im Digitalisierungsprozess, indem wir ausreichend Finanzmittel zur Verfügung stellen.

Ohne Digitalisierung der Prozesse ist die Handlungsfähigkeit der Verwaltung in Zukunft gefährdet, da die vielen altersbedingten Abgänge und der Fachkräftemangel nicht kompensiert werden können.

Zudem wollen wir den interkommunalen Austausch nutzen, um Synergieeffekte zu identifizieren und von gelungenen Prozessen in anderen Kommunen zu lernen.

*FREIES W-LAN UND UNABHÄNGIGE INFRASTRUKTUR VON UND FÜR BÜRGER*INNEN*

Die fortscheitende Abdeckung unserer Stadt mit WLAN begrüßen wir. Wir wollen die Bewegung der Freifunker*innen weiter stärken und es ihnen ermöglichen, freies WLAN dort anzubieten, wo es benötigt wird. Jede Privatperson ist dabei mit wenig Aufwand in der Lage, einen Beitrag zur Abdeckung zu leisten. Dies unterstützt nicht nur das Angebot von zugänglichem WLAN in der Stadt, sondern fördert auch die gemeinschaftliche Übernahme von Aufgaben füreinander.

Der private und öffentliche Austausch im digitalen Rahmen hat sich jedoch auch in die Sphäre von privaten Unternehmen verschoben, die davon profitieren. Von den Nutzer*innen oft unbemerkt, wird das Recht auf Privatsphäre ausgehöhlt, die Überwachung und Manipulation von Verhalten vorangetrieben und gesellschaftliche Prozesse sowie Individuen beeinflusst. Als Gesellschaft müssen wir jedoch in der Lage sein, die Voraussetzungen unseres Zusammenlebens selbstständig zu garantieren. Wir wollen deshalb zivilgesellschaftliche Akteur*innen darin unterstützen, auf diese Problematik aufmerksam zu machen. Mit Hilfe von Freier Software ist es der Zivilgesellschaft zudem möglich, sich eigene IT-Infrastruktur und -Dienste aufzubauen, um mehr Selbstbestimmung zu erlangen. Solche ehrenamtlichen Projekte von einzelnen Bürger*innen oder Organisationen sind auf Engagement und Unterstützung angewiesen. Wir GRÜNE werden uns deshalb dafür einsetzen, dass die Verwaltung ein Konzept erarbeitet, wie solche Projekte in Bonn unterstützt werden können.

INFORMIEREN UND MITMACHEN: WWW.GRUENE-BONN.DE

Herausgerber*in:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Bonn
Dorotheenstraße 79
53111 Bonn
Telefon: 0228 2420753
E-Mail: info@gruene-bonn.de

www.gruene-bonn.de
gruene_bonn
@gruene_bonn
@gruenebonn

V.i.S.d.P.:
BÜDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. David Thyssen
Dorotheenstraße 79
53111 Bonn

Spendenkonto:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Sparda Bank West eG
IBAN: DE35 3706 0590 0000 729752
BIC: GENODED1SPK